



INTERN

**Informationen der 11. Tagung des
Parteivorstandes
23./24. November 2019, Essen**

Inhalt

- Referat
 - Referat zu aktuellen Fragen und zur Vorbereitung des 23. Parteitags der DKP
 - Referent: Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP

- Beschlüsse
 - Konzept: 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg
 - Mobilisierung zur und Auftritt der DKP bei der „Anti-Siko“ Demo am 15.2.2020
 - Konzept: LLL 2020
 - Konzept: Pressefest 2020
 - Entgegnung zur Erklärung der DKP Saarland zum türkischen Überfall auf Syrien
 - Einleitung Parteiordnungsverfahren Kurzinfor
 - Delegation zum Parteitag der ELP

- Anträge zum 23. Parteitag der DKP
 - Gesundheit
 - Ökologie
 - Programm

- weitere Beschlüsse zum 23. Parteitag
 - Zweiter Antragschluss
 - Fragen für den Erfahrungsaustausch auf dem Parteitag
 - Vorschlag an den Parteitag: personelle Zusammensetzung der Arbeitsgremien
 - Vorschläge an den Parteitag: Tagesordnung, Zeitplan, Geschäftsordnung und Wahlordnung

- weitere Materialien
 - Statements zu strittigen Fragen der Genossen P.K., M.G., P.G., B.S. und H.P.B.
 - Terminplan Parteivorstand in 2020
 - Ökologie-Material (These 19 des Hamburger Parteitages der DKP, 1986)
 - Information zur Sanierung der Karl-Liebnecht-Schule

Tagesordnung

1. Referat zur weiteren Vorbereitung des 23. Parteitages
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
2. Antrag „Schritte zur Programmerarbeitung“ (Arbeitstitel)
3. Antrag zur Gesundheitsfrage (Arbeitstitel)
4. Personalpolitik
5. 75. Jahrestag der Befreiung
6. 21. UZ-Pressefest
7. Information zur Sanierung der Kar-Liebnecht-Schule
8. Strittige Fragen
9. „Positionen der DKP zu Ökologie und Umweltpolitik“ (Arbeitstitel)
10. Weitere Beschlüsse

Unkorrigiertes Manuskript.

Es gilt das gesprochene Wort.

Referat zu aktuellen Fragen und zur Vorbereitung des 23. Parteitages der DKP

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Referat ist nicht ganz einfach zustande gekommen, da ich erst Dienstag Abend aus Venezuela zurückgekommen bin. Ich war dort gemeinsam mit Genossin Petra Wegener, der Vorsitzenden der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, auf Einladung unserer Schwesterpartei.

Wir haben in Venezuela eine sehr schwierige Situation. Sie ist zum einen verursacht durch die Blockade. Vermögen Venezuelas wurden beschlagnahmt, Erdölexporte und die Lieferung von Ersatzteilen für die Erdölproduktion werden verhindert. Dadurch ist die ökonomische Ausrichtung, die Venezuela in der Tradition hatte, die auf Produktion und Export von Erdöl basiert, faktisch zusammengebrochen.

Das ist vielfach spürbar. Man sieht keine absolute Armut, aber es ist offensichtlich schon so, dass die Versorgung der Bevölkerung im Wesentlichen durch staatliche Hilfsleistungen erfolgt und es am sogenannten Markt kaum etwas zu kaufen gibt. Es gibt Probleme bei der Proteinversorgung, also der Versorgung mit Fleisch und Fisch. Aufrechterhalten wird die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wie Reis etc.

Dazu kommt, dass vor allem das Transportwesen kompliziert ist. Es ist im

Wesentlichen in privater Hand - und Parallelen zu Chile 1973 haben sich mir aufgedrängt. Dort spielte ja in der Endphase letzten Endes der Boykott der privaten Transportunternehmer eine große Rolle. Die Transportunternehmer bestimmen in Venezuela die Preise und das führt dazu, dass es sich für viele arbeitenden Menschen nicht mehr lohnt, zur Arbeit zu fahren. Auch die Hyperinflation ist sehr problematisch. In Venezuela siehst du keine Preise mehr. Du musst immer fragen: Was kostet das heute? De facto ist der Dollar die dominierende Währung geworden. Der Bolivar dient, zum Beispiel für Trinkgeld – und zwar in Stapeln.

Und trotzdem hatte ich den Eindruck, dass die Massen der Arbeiter, die Landarbeiter, die kleinen Leute nach wie vor völlig enthusiastisch hinter der Bolivarischen Revolution stehen. Das zeigte auch der vergangene Samstag. Dort gab es eine antiimperialistische Großkundgebung - auch zur Solidarität mit Bolivien. Auch Guaidó, von dem man ja selbst in unseren Medien kaum mehr etwas hörte, hatte wieder zu einer Großkundgebung aufgerufen, um, wie er sagte, den Wirbelwind der Demokratie, der vom Putsch in Bolivien ausginge, nach Venezuela zu tragen.

Die Anspannung war groß und die Präsenz von Sicherheitskräften nahm zu. Man sieht in den Straßen nichts von der Opposition, keine Parolen, keine Wandmalereien. Die gehören der Bolivarischen Revolution. Aber es gab es wohl Angst vor Sabotageakten. Guaidó ist aber völlig gefloppt. Selbst die ihm wohlgesonnenen Medien sprachen von gerade 5 000 Teilnehmern, die er zu diesem Wirbelwind der Demokratie mobilisieren konnte. Und selbst unter diesen gab es wohl Transparente gegen ihn, auf denen er als Verräter bezeichnet wurde, weil er natürlich auch aus Sicht der Opposition nicht bringt, was er bringen sollte, und tatsächlich gescheitert ist.

An „unserer“ Kundgebung waren trotz der Transportprobleme sicher 100 000 Teilnehmern. Wir wurden dabei auf die Hauptbühne gebeten, das war schon ein besonderes Erlebnis.

Am Tag vor der Kundgebung hatten die Transportunternehmer die Preise für Transport vervierfacht. Trotzdem war die Kundgebung bestimmt von Arbeiter, von Landarbeitern, der Volksmiliz, die in Venezuela vor einigen Jahren aufgebaut wurde.

Unsere Schwesterpartei konnte unseren Besuch gut nutzen, um sich gegenüber der Regierung und der PSUV, der Sozialistischen Partei, als Kraft zu profilieren, die international vernetzt ist. Die PSUV ist Teil der sogenannten Sozialistischen Internationalen, hat dort aber kaum noch Freunde. Von diesen sozialdemokratischen Parteien haben sich ja fast alle auf die Seite der Konterrevolution geschlagen und damit ist die PSUV stark isoliert. Das führte dazu, dass unser Besuch auch im Lager der Regierung stark beachtet wurde, von manchen mit Freude, von anderen weniger. Die PSUV ist nicht einheitlich. Sie ist sehr heterogen, reicht von Marxisten bis hin zu Neoliberalen.

Im Außenministerium konnten wir eine Veranstaltung durchführen, bei der auch der Vizeminister für Europa anwesend war, mit dem wir hinterher auch sprechen konnten – unter anderem über unser Pressefest.

Wir hatten viele hochrangige Kontakte. Wir trafen die Jugendministerin, den stellvertretenden Sportminister, den Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung, also den zweithöchsten Mann im Staat. Das macht deutlich, wie wichtig unser Besuch für unsere

Schwesterpartei war, um der Isolierung des Landes entgegenzutreten.

Wir haben es mit einer Situation zu tun in der es international und auch in Südamerika ungeheuer brodelt. Nach dem Putsch in Bolivien wird natürlich gefragt, was denn der Unterschied zu Venezuela? Ich denke ein ganz entscheidender Unterschied ist, dass sich in Venezuela das Militär und die Militärführung stark aus den Reihen der Campesinos und der Arbeiterklasse rekrutiert und es mittlerweile eine starke Volksmiliz gibt. Das ist in Bolivien offensichtlich anders, wo sich Militär und Polizei stark aus den Oberschichten rekrutiert haben und es wohl auch tiefe Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse gibt. Und trotzdem muss man ja auch dort sagen dass es den Reaktionären offensichtlich nicht völlig gelungen, den Putsch zu stabilisieren.

Die weitere Entwicklung ist natürlich für die Perspektive in Lateinamerika, wenn wir Chile und andere Länder angucken, ungeheuer entscheidend. Und es ist ganz eindeutig zu sehen, dass die weiteren Entwicklungen in Chile und Venezuela auch für Kuba von riesiger Bedeutung sind.

Die Herangehensweise des Regime-Changes in Bolivien ist ja offensichtlich eine Blaupause. Da werden Wahlmanipulationen behauptet, die gut finanzierte Oberschicht beginnt mit Unruhen, und dann putscht das Militär. Das war wohl auch in Venezuela so geplant, wo es gescheitert ist - letzten Endes an Volk und Militär. Und auch an der internationalen Solidarität. Unsere Genossen weisen immer wieder darauf hin, wie entscheidend die Rolle der Russischen Föderation und der Volksrepublik China für den Erhalt der Bolivarischen Revolution ist. Da gibt es auch eine gewisse Arbeitsteilung. Die Russische Föderation scheint sehr regelmäßig Warnungen auszusprechen:

Probiert bloß nichts militärisch gegen Venezuela. Und die Volksrepublik China hat eine sehr intensive ökonomische Zusammenarbeit entwickelt.

Die Solidarität mit Lateinamerika müssen wir auch mit Blick auf unseren Parteitag im Auge behalten. Ich denke, dass wir kurzfristig überlegen müssen, wie wir die Solidarität mit unseren Genossinnen und Genossen verstärken können. Dabei geht es um Lateinamerika, vor allem aber auch um die Prozesse in Nicaragua, Bolivien, Venezuela und Kuba.

An dieser Stelle möchte ich unseren Genossinnen und Genossen in Kuba gratulieren, die mit der starken Verurteilung der US-Blockade durch die UNO-Generalversammlung einen riesigen diplomatischen Erfolg errungen haben. Es gab ja massive Versuche der USA, die Front der Verurteilung der Blockade aufzubrechen. Offensichtlich ist die USA da diplomatisch gescheitert.

Es brodelt nicht nur in Südamerika, sondern auch unter den führenden Imperialisten. Wenn Macron die NATO für hirtot erklärt, ist das sicher nicht medizinisch begründet, sondern steht für den Versuch des französischen Imperialismus, eine vom US-Imperialismus, und damit auch vom deutschen Imperialismus unabhängigeren Kurs zu fahren bzw. seine Stellung im Konkurrenzverhältnis mit dem deutschen und dem US-Imperialismus zu stärken.

In diesem Zusammenhang ist es auch spannend zu beobachten, welches Problem der Imperialismus im Umgang mit der Volksrepublik China hat, sowohl mit ihrer Ökonomie als auch mit ihrer sonstigen Stärke. Das zeigt sich im Großen, dem sehr unterschiedlichen Umgang mit dem Handelskrieg des US-

Imperialismus gegen China; aber auch im Kleinen. Ich mache das am Umgang mit der Technologie von Huawei fest, wo sie keine Linie finden und wo es offensichtlich auch dem Staat, auch dem deutschen Staat als ideellen Gesamtkapitalisten, ungeheuer schwer fällt, eine vereinheitlichende Linie zu finden.

Da passte es gut, dass wir uns in Vorbereitung unseres Parteitages bei einer parteiinternen Beratung mit dieser Frage befasst haben. Diese Beratung war durchaus kontrovers. Und weder diese Beratung noch der Parteitag sollen hier abschließende Positionen finden. Allerdings glaube ich, dass die aktuelle Realität zeigt, wie richtig die Einschätzungen sind, die wir aus meiner Sicht mehrheitlich in der Partei haben. Die Realität zeigt auch, dass uns eine undifferenzierte Herangehensweise sowohl an die Außenpolitik der Russischen Föderation als auch an die Bewertung der Volksrepublik China keinesfalls weiter hilft.

Ich meine, dass die Einschätzungen, die wir im Antrag zur Internationalen Arbeit und im ersten Teil des Leitantrages treffen, durch die Realität bestätigt werden. In dem Zusammenhang war es gut, dass wir aktuell mit den Botschaften der Republik Kuba, der Sozialistischen Republik Vietnam und der Volksrepublik China Gespräche führen konnten. Wir haben sie auch, wie hier beschlossen, zu unserem Parteitag und zum Pressefest eingeladen. Im Moment deutet sich an, dass wir auf dem Pressefest eine größere Präsenz aus diesen Staaten und unter Umständen auch aus Venezuela kriegen könnten. Das würde unser Fest noch aufwerten.

Was unser Land angeht, reden die bürgerliche Ökonomen noch nicht von einer Krise. Es deutet meines Erachtens aber vieles darauf hin, dass sich die deutsche Ökonomie auf einen neuen Krisenzyklus hin

bewegt. Und wir haben eine Besonderheit. Wenn es stimmt, dass wir noch nicht im Krisenzyklus sind, dann ist die Besonderheit die, dass wir es gleichzeitig mit drastischen Arbeitsplatzabbau in den verschiedensten Konzernen zu tun haben.

Wenn man die Zeitung aufschlägt, gibt es überall Meldungen von massivem Stellenabbau bei ThyssenKrupp, EON, Bosch, Daimler, etc. Das ist für den Beginn eines Krisenzyklus so massiv, dass ich glaube, dass wir uns auf einen sehr tiefgehenden und auch die Arbeiterklasse massiv treffenden Zyklus einstellen müssen. Manche dieser Kahlschlag-Maßnahmen sind ein Vorgriff, das Kapital stellt Weichen für die Krise. Aber gerade in der Automobilindustrie haben wir es auch damit zu tun, dass sich auch mit diesem Abbau von Arbeitsplätzen das Abwälzen von Umbaukosten der Automobilindustrie auf die Arbeiterklasse materialisiert.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, stehen dem im Moment mit einer recht illusionären Haltung relativ hilflos gegenüber. Die Gegenwehr ist meines Erachtens viel zu gering. Wenn man die Zahlen im Ohr hat aus der Automobilindustrie oder von ThyssenKrupp und sich die Gegenwehr der Gewerkschaften ansieht, dann reicht das meines Erachtens keinesfalls.

Wir stehen jetzt auch ein Stück in der Verantwortung, dass wir die Debatte um die Frage Kampf um Arbeitsplätze, Kampf um jeden Arbeitsplatz wieder in die Gewerkschaften reintragen, natürlich verbunden mit Fragen wie der Arbeitszeitverkürzung. Es muss auch wieder klar werden, dass es keinen sozialverträglichen Abbau von

Arbeitsplätzen gibt, weil spätestens der nächsten Generation diese Arbeitsplätze fehlen werden. Jede Einigung, die unter der Überschrift sozialverträglich steht, ist doch letzten Endes ein Stück Niederlage. Sie kann dem Kräfteverhältnis geschuldet sein und kann im Kampf auch ein Erfolg sein. Aber in der Gesamtsituation bleibt es eine Niederlage.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer wie ich am 9. November in Berlin und Brandenburg war, der hat bezüglich der bürgerlichen Medien schon ein kleines Trauma erlebt. Das Gefeierte um den sogenannten Mauerfall wurde mit jedem Kilometer widerlicher, den man weiter nach Osten kam. Es war wirklich ekelerregend. Ich hatte, gebe ich zu, als wir unsere eigene Veranstaltung zum 70. Geburtstag der DDR terminierten, durchaus Bedenken wegen des Termins, des 9. November. Aber im Nachhinein muss ich sagen, es war genau richtig. Wir haben damit dieser Mediengleichschaltung etwas entgegengesetzt. Das war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, auch für mich selber, an diesem Tag eine echte Erlösung. Unsere Veranstaltung war sehr würdig, sie war ein Erfolg. Dank gilt vor allem auch der Landesorganisation Brandenburg, die in die Vorbereitung und Durchführung erheblich investiert hat. Und allen Mitwirkenden, den Referenten, den Kulturschaffenden, der Moderation.

Im Vorfeld des Parteitages haben wir eine weitere Konferenz, nämlich die Konferenz zur Ökologiefrage durchgeführt. Sie war weniger kontrovers. Allerdings auch, weil Genossen, die die Konzeption der Konferenz nicht teilten, nicht an ihr teilgenommen haben. Das war schade.

Wir werden uns heute auch mit unserem Beitrag zum LL-Wochenende befassen. Bestandteile sind die Teilnahme und

Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt, vor allem auch mit dem Café K, unsere eigene LLL-Veranstaltung, die wir dieses Mal wieder zusammen mit der SDAJ durchführen, und die Teilnahme an der LL-Demo. Unsere LLL-Veranstaltung ist unser traditioneller Jahresauftakt, und dort werden wir natürlich vor allem auf den Parteitag und das Pressefest orientieren.

Aber wir müssen eine weitere zentrale Orientierung dort bekräftigen, die wir heute beschließen wollen. Das ist die Orientierung auf Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Befreiung und Aktionen gegen das Großmanöver der USA mit Unterstützung vieler europäischer NATO-Länder, das Manöver mit dem Titel "Defender Europe 2020". Das wird aus meiner Sicht im ersten halben Jahr eine ganz zentrale Orientierung für die Partei sein. Wir werden mit dem 75. Jahrestag der Befreiung sicherlich etwas erleben, auf das wir im letzten Jahre mit dem Jahrestag der Landung in der Normandie schon einen Vorgeschmack gekriegt haben. Die Rote Armee, die Sowjetunion soll keine Rolle mehr spielen. Es wird eine Umschreibung der Geschichte geben, wie wir sie auch in der antikommunistischen Resolution des EU-Parlaments haben, mitgetragen von fast allen politischen Kräften bis hin zur Sozialdemokratie. Da sind plötzlich die Sowjetunion und der Sozialismus schuld am Zweiten Weltkrieg und am Faschismus. Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Es geht hier um wesentlich mehr als nur ein Umschreiben der Geschichte. Es geht letzten Endes darum, jedes mögliche Nachdenken über eine Alternative zum Kapitalismus in die Ecke der Nichtrelevanz, der Nichtexistenz oder gar der Illegalität zu stellen.

Wenn parallel zur Vorbereitung des 75. Jahrestages der Befreiung, also im

April/Mai das größte NATO-Manöver seit Ende des Kalten Krieges stattfinden soll, dann ist das eine riesige Provokation. Es geht um die Übung des Transports von Massen von Truppen und Material, das heißt von Waffen, durch Europa an die russische Grenze. Es handelt sich um eine tatsächliche Kriegsübung. Solche Dinge macht man nicht aus Jux und Dollerei, sondern man macht sie, um es möglicherweise auch real machen zu können. Wir müssen – wie in der Beschlussvorlage skizziert - einerseits eine breite Reihe von Veranstaltungen aller Gliederungen organisieren, mit denen wir die Geschichtsklitterung zurückweisen. Wir brauchen Bündnisse und Überlegungen, wie wir möglicherweise in die Lage kommen können, dieses Manöver zu behindern. Denn es ist Kriegsvorbereitung und da ist Widerstand Pflicht.

Ich komme jetzt zum Hauptthema meines Referats, nämlich der Parteitagsvorbereitung. Wir sind ja mitten drin in der Parteitagsvorbereitung. Wir haben hinter uns die Landeskonferenzen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Bremen und Rheinland-Pfalz. An diesem Wochenende finden in Niedersachsen und Berlin die Landeskonferenzen statt.

Bezüglich des Leitantrags zeigten die bisherigen Konferenzen grundsätzlich eine kritische Zustimmung. In den Diskussionstribünen der UZ war das im Verhältnis dazu sehr unterschiedlich. Es gab darin auch harte Ablehnung. Was sich aber im Wesentlichen zeigt, ist dass eine Debatte in Gang gekommen ist. Und das ist erst mal gut so. Und auch, dass in dieser Debatte konkrete Änderungsanträge entwickelt werden. Das heißt, es wird real durch die kollektive Weisheit der Partei an dem Dokument gearbeitet.

Wir denken, dass das Interview in der UZ noch einmal hilfreich war, um den Leitantrag einzuordnen. Denn manche Kritik ergibt sich auch daraus, dass nicht nachvollzogen wird, dass dieser Leitantrag versucht, Dinge zu konkretisieren, die der letzte Parteitag beschlossen hat. Für die weitere Diskussion und auf dem Parteitag sollten wir das auch beachten. Und wir sollten klar machen, dass es nach dem 22. Parteitag in der Partei keine wesentliche Debatte gab, die die Beschlussfassung des 22. Parteitages, nämlich unsere grundsätzlich antimonopolistische Strategie in Frage gestellt hat. Aus dieser Sicht ergibt sich für mich, dass es wenig legitim ist, die Diskussion über den jetzigen Leitantrag zu nutzen, um noch einmal zu versuchen, die Beschlussfassung des letzten Parteitages aufzuheben. Natürlich haben wir Genossinnen und Genossen, die nach wie vor nicht mit unserer antimonopolistischen Strategie übereinstimmen, das ist m.E. aber eine relative Minderheit.

Es ist ohnehin immer eine Gefahr, die man in der Dynamik eines Parteitages hat, dass sich Kritiken, die ganz unterschiedlich, teilweise gegensätzlich begründet sind, plötzlich bündeln. Das wäre aber für die Debatte, für alle unterschiedlichen Meinungen, wenig hilfreich. Dem sollten alle Delegierten im Sinne einer transparenten Debatte und Meinungsfindung entgegenwirken.

Zu einigen wenigen, bereits vorliegenden Anträgen:

Es gibt aus München einen Antrag, der versucht, Regeln für den Umgang von Gruppen und Leitungen mit zentralen Orientierungen zu definieren. Dieser Antrag kann eine die Schwäche des jetzigen Leitantrages ausgleichen, dass

es noch stärker um die organisationspolitische Stärkung der Partei gehen muss.

Aus Rheinland-Pfalz liegt uns ein Antrag zur Solidarität mit dem Sozialistischen Kuba vor. Wie auf der letzten PV-Tagung diskutiert und mit dem Antrag zur Internationalen Arbeit auch beschlossen, waren wir uns hier im Parteivorstand einig, dass wir eins nicht brauchen, nämlich ein Ranking der Länder mit sozialistischer Orientierung bzw. mit regierenden kommunistischen Parteien. Das macht aus Sicht des Parteivorstandes keinen Sinn. Andererseits haben wir natürlich mit der Verschärfung des Helms-Burtons-Gesetzes tatsächlich eine neue Situation der Angriffe gegen Kuba. Aus meiner Sicht ist es nötig hier auch den Putsch in Bolivien und die Angriffe gegen Venezuela einzuordnen. Aus meiner Sicht kann es Sinn machen aus aktuellem Anlass einen umfassenderen Antrag zur Solidarität zu machen, wenn wir auch eine konkrete Handlungsempfehlung geben können.

Das ist eine der Fragen, die wir bei unserem Gespräch in der kubanischen Botschaft gestellt haben, nämlich ob es den Wunsch und eine konkrete Möglichkeit für ein Solidaritätsprojekt gibt. Die Prüfung dauert natürlich. Dabei ist ganz wichtig, die kubanischen Genossen sagen ausdrücklich, dass sich Kuba nicht wieder in einer Spezialperiode befindet. Daraus dass die Genossen nun prüfen, wie ein konkretes Solidaritätsprojekt aussehen kann, ergibt sich, dass wir auf dieser PV-Tagung nicht in der Lage sind, einen Soli-Antrag zu beschließen. Wir werden das wahrscheinlich als Initiativantrag tun müssen. Damit, glaube ich aber auch, sollten wird den Antrag aus Rheinland-Pfalz im Einvernehmen aufheben können, ohne dass wir einen separaten Antrag zu Kuba benötigen.

Ja, und dann vielleicht ein dritter Antrag, den

ich noch erwähnen will. Aus Pinneberg liegt ein Antrag zur Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen das sogenannte Kommunistische Netzwerk vor. Wir meinen eigentlich, dass die Zeit seit dem 22. Parteitag bewiesen hat, dass wir Separatstrukturen nicht brauchen. Wahrscheinlich beweist dies auch die Verfasstheit des Netzwerks selbst. Weswegen wir, denke ich, den Genossinnen und Genossen empfehlen, über eine Auflösung nachzudenken. Mehr Gewicht sollten wir dieser Frage weder heute geben noch auf dem Parteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden im Rahmen der PV-Tagung auch über unsere Streitfragen diskutieren. Ich möchte hier etwas klarstellen. Ja, ich habe bei der letzten PV-Tagung von einer Führungskrise gesprochen. Ich denke durchaus, dass das in der Situation der PV-Tagung berechtigt war. Ich denke aber, dass wir heute Überlegungen für den neuen Parteivorstand und ein mögliches Sekretariat haben und euch heute vorstellen, die zeigen, dass wir in der Lage sind, aus solchen Situationen konstruktive und gute Auswege zu finden.

Zum Schluss noch ein paar kurze Punkte. Am nächsten Wochenende findet der kommende Parteitag der AfD statt. Dem Parteitag wird möglicherweise ein Strategiepapier vorliegen, das bereits kursiert. Es macht Sinn, das Papier ernst zu nehmen und sich damit zu befassen. Auch wir brauchen eine Strategie gegen die AfD. Es reicht nicht aus, sie zu blockieren, wo sie auftritt, sondern wir brauchen eine Strategie, die ihr das Wasser abgräbt. Das heißt vor allem, eine Strategie, die ihre soziale Demagogie entlarvt und deutlich macht, dass sie letzten Endes auch nichts Anderes als Kapitalistenknechte sind.

Gleichzeitig haben wir es damit zu tun, dass es eine harten Angriff gegen eine unserer wichtigsten Bündnisorganisationen, nämlich die VVN-BdA, gibt. Sie soll auf Bundesebene mit steuerlichen Mitteln kaputt gemacht werden. So drastisch muss man das sagen. Der VVN-BdA soll die Gemeinnützigkeit entzogen werden, das kann fünfstellige Steuernachforderungen nach sich ziehen. Wir müssen diese Attacke auf die VVN-BdA von dieser PV-Tagung deutlich zurückweisen. Das ist dringend notwendig, diese Attacke zielt auf die VVN, aber sie zielt natürlich weit darüber hinaus. Sie ist der Versuch, mit steuerlichen Mitteln fortschrittliche Organisationen kaputt zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, deutlich ist, dass die letzten Wochen dieses Jahres nicht leiser und leichter werden. Und auch für das kommende Jahr haben wir uns bereits viel vorgenommen. Heute ist die letzte Tagung des PV in diesem Jahr. Bei allem, was vor uns liegt, wünsche ich uns allen trotzdem, dass wir alle auch ein paar Tage der Erholung finden, um mit viel Kraft in das neue Jahr zu gehen.

Beschlüsse

75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg: Frieden mit Russland - US-Manöver „Defender Europe 2020“ stoppen!

Ausgangslage

Der imperialistische Block unter Führung der USA mit der NATO als aggressiver Militärmacht steht unter Druck. Der ökonomische Aufstieg der Volksrepublik Chinas und zahlreicher Schwellenländer führt zusammen mit dem zunehmend souverän agierenden Russland zu einer Schwächung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen und militärischen Durchsetzungsfähigkeit des Westens, zumindest in der bisherigen Weise. Das Beispiel Syrien zeigt zwar, dass der Westen nicht mehr uneingeschränkt über das Schicksal souveräner Nationen bestimmen kann, allerdings seine Macht auch nicht kampflos aufgeben wird. Die mögliche Perspektive eines Verlustes der imperialistischen Dominanz im Weltmaßstab in Kombination mit Konkurrenzen innerhalb der NATO um Einfluss und Macht erklärt die neuen aggressiven Vorstöße der NATO-Länder wie sie in den Tiraden von US-Außenminister Mike Pompeo in Berlin gegen Putin/Russland und KPCh/VR China deutlich werden. Die Vorstöße von AKK, mit Hilfe u.a. der Bundeswehr in Syrien einzumarschieren sowie die Forderung, den Aufstieg der VR China mit Kriegführung im indo-pazifischen Raum einzudämmen sprechen die gleiche Sprache. Sie deuten darauf hin, dass die herrschenden Kreise des BRD-Imperialismus vorbehaltlos der Forderung des US-Imperialismus nachkommen, künftig finanziell, aber auch militärisch eine größere Rolle in der NATO zu spielen. Unterlegt werden diese Kriegsvorbereitungen mit einer ökonomisch-politisch-militärischen Strategie zur Eindämmung Russlands und der VR China, wie sie in den Handelskriegen, Sanktionen, Aufkündigungen internationaler Abkommen wie dem INF-Vertrag und dem Iranabkommen, Einmischung mittels „bunter Revolutionen“ deutlich werden. Auch wenn die imperialistischen Länder auf die VR China und Russland auf unterschiedliche Weise angewiesen sind (Russland vor allem als Rohstofflieferant, die VR China vor allem als Absatzmarkt und billiger Produktionsstandort), werden zunehmend politische und militärische Maßnahmen getroffen, um deren Aufstiege bzw. den eigenen Abstieg aufhalten zu können.

2020 jähren sich der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, und der 9. Mai, der Tag des Sieges, zum 75. Mal. Die offizielle Geschichtsschreibung der Bundesrepublik ist dabei aktuellen Notwendigkeiten der Offensive der Monopole unterworfen, wie etwa die Entschärfung antifaschistischen, widerständigen Bewusstseins in der Bevölkerung und die Nutzung der eigens verfälschten Geschichte für imperialistische Zwecke, insbesondere der Rechtfertigung der Militarisierung Europas und der BRD. War es bis in die 1980er noch verpönt, überhaupt von Befreiung zu sprechen, wurde nun zunehmend von einer Befreiung hauptsächlich durch die westlichen Armeen der Anti-Hitler-Koalition gesprochen und die opfer- und ruhmreiche Rolle der Roten Armee der Sowjetunion, der Partisanenarmeen, der kämpfenden Völker und der Rolle der Kommunisten im Widerstand verschwiegen. Mittlerweile werden weitere

Diskursverschiebungen ausgelotet, wie in der Erklärung des EU-Parlaments, in der der „kommunistische Totalitarismus“ (gemeint die SU) quasi als Kriegsverursacher bezeichnet wird. Damit wird unmittelbar eine neue Stufe der ideologischen Kriegsvorbereitung gegen Russland gezündet, um antirussische Stimmungen in der Bevölkerung zu schüren und den weitverbreiteten Wunsch nach Frieden und gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland neutralisieren.

Voraussichtlich zwischen April und Mai 2020 wird die US-Armee ihr Großmanöver „Defender Europe 2020“ mit Unterstützung von 15 weiteren NATO-Ländern sowie zwei weiteren US-Verbündeten durchführen. Erklärtes Ziel ist dabei die Übung von Transport und Verteilung von Truppen und Waffen aus den USA nach Deutschland, Polen, Georgien, ins Baltikum und weitere nordische Länder im großen Maßstab, um wie es offiziell heißt „strategische Bereitschaft und Verstärkung zu testen“ – d.h. den reibungslosen Transport von Truppen und Waffen an die russische Westgrenze. Insgesamt werden 37.000 US-Soldaten teilnehmen, davon 20.000, die in den USA stationiert sind. Damit ist es das größte US-Militärmanöver in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Getestet wird die schnelle Verlegung von Truppen und Kriegsgerät über europäischen Ländergrenzen hinweg. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt als teilnehmendes NATO-Land dabei eine zentrale Rolle ein, da der Transport wesentlich über deutsches Territorium geführt wird.

Das Manöver ist eine Kampfansage an die Russische Föderation, die sich nahtlos an die vergangenen Großmanöver in Norwegen und der auf der Ostsee einreicht. Gleichzeitig stellt es eine Zuspitzung dar, weil hier unmittelbar Voraussetzungen im Sinne militärlogistischer Fähigkeiten geschaffen werden, die einen Krieg gegen Russland erst möglich machen.

Die Unterstützung der US-Transporte umfasst in der BRD u.a. folgendes:

- Massive Nutzung von Straßen- und Schienenverkehr.
- Betrieb dreier sogenannter Convoy-Support-Zentren in Garlstedt (Niedersachsen), Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz (Sachsen).
- Nutzung des Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide als Großtankstelle
- Nutzung des im Aufbau befindlichen neuen militärischen Hauptquartiers zur Organisation schneller Truppenverlegungen (Joint Support and Enabling Command, JSEC) in Ulm als zentrale Schaltstelle der geproben Mobilmachung gegen Russland.
- Evtl. Beteiligung des EUCOM in Stuttgart
- Gefechtsstandsübungen in Grafenwöhr (Bayern)

Politische Ziele der DKP

Beide politischen Ereignisse haben enge Berührungspunkte, stehen also nicht isoliert

voneinander dar, wenngleich sie jeweils eigene unterschiedliche politische Aufgabenstellungen haben (bspw. die Zurückweisung des antisowjetischen Geschichtsrevisionismus anlässlich des Tages der Befreiung oder anzustrebender regionaler Bündnisaktivitäten gegen das Defender-Manöver). Sie laufen jedoch an einem entscheidenden Punkt zusammen: Dem Widerstand gegen die Aggressionen der USA und der NATO gegen Russland auf ideologischer und politischer Ebene.

a) 75. Jahrestag der Befreiung 2020

Der aufgrund des runden Jubiläums zu erwartenden massiven Geschichtsklitterung der Herrschenden setzt die DKP ihre Schwerpunktaktivitäten zu diesem echten Feiertag entgegen. Die DKP stellt zum 8. Mai ohne Wenn und Aber die Rolle der Sowjetunion, ihre Befreiung Deutschlands vom Faschismus in den Vordergrund und propagiert die geschichtlichen Lehren: Frieden mit Russland, an dessen Grenze erneut eine deutsche Armee mit feindlichen Absichten steht. Und grundlegend: Die Beseitigung der Ursachen von Krieg und Faschismus, der Herrschaft der Monopole. Beide Lehren stehen nicht beziehungslos nebeneinander, stellt doch die zunehmend aggressive Politik der BRD gemeinsam mit den USA gegenüber der Russischen Föderation die Linie der aggressivsten, reaktionärsten und militaristischsten Kräfte innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie dar, die zu bekämpfen zur Grundvoraussetzung jeder antimonopolistischen und sozialistischen Politik gehört. Die DKP führt alleine oder mit Bündnispartnern öffentliche Gruppenabende, Feiern und wo es möglich ist Kundgebungen zum 8. Mai durch und verknüpft damit ihre Erinnerung und Dank an die Befreier mit dem Kampf gegen die aktuelle antirussische Mobilmachung im Rahmen des Manövers „Defender Europe 2020“. Anzustreben ist eine möglichst enge Zusammenarbeit mit politischen Kräften, die die antirussische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik ebenfalls ablehnen und die historische Rolle der Sowjetunion ehrlich würdigen.

Auf bundesweiter Ebene haben der Tag der Sieges in Berlin und der „Elbe Day“ in Torgau besondere Bedeutung. Die DKP mobilisiert am 9. Mai nach Berlin, um im Rahmen der Feierlichkeiten am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park gemeinsam mit Bündnispartnern der Losung „Frieden mit Russland“ in geeigneter Form Ausdruck zu geben. Sie prüft in diesem Rahmen, einen Gast der KPRF einzuladen und in das Programm einzubinden. Für den 25. April mobilisiert sie näher gelegene Bezirke, Kreise und Gruppen zum Tag der Begegnung nach Torgau in Sachsen.

b) US-Manöver „Defender Europe 2020“

Das Manöver „Defender Europe 2020“ stellt eine unerhörte Provokation gegen die Völker Europas und Deutschlands dar, weil die BRD in den Plänen der NATO die Rolle als Logistikkreuzung, Aufmarschgebiet und „potenzielles rückwärtiges Einsatzgebiet“ (Konzeption der Bundeswehr) d.h. potentielles künftiges Schlachtfeld erhält. Dies beinhaltet „Kampf, Kampfunterstützung und Führung – in Deutschland, Polen und Litauen“

Die DKP nimmt an Gegenprotesten teil bzw. initiiert sie wo es für sie möglich und nötig ist. Schwerpunktmäßig orientiert die DKP angesichts der Dezentralität des Manövers auf

regionale Aktionsbündnisse, beteiligt sich aber ggf. auch an bundesweiten Bündnisaktionen. Eine Kräftekonzentration soll an DKP bezirks-/landesweiten Aktionstagen vorgenommen werden. In der Bündnisarbeit setzen wir uns dem Anlass entsprechend für eine politische Orientierung „Frieden mit Russland, raus aus der NATO ein“ sowie „Nein zu ausländischen Truppen in Deutschland – Nein zu deutschen Truppen im Ausland“. Entscheidend ist es, eine möglichst hohe Kampf- und Aktionskraft in Bündnissen gegen das Manöver zu entwickeln. So wie wir den Protest gegen das Manöver in unsere Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Befreiung integrieren, so ist andersherum der Dank an die Sowjetunion und das heutige Russland, das den Befreiern von damals jährlich ehrend gedenkt in die Proteste gegen das US-Manöver zu tragen.

Maßnahmen

- Lokale und regionale Beteiligung oder Organisation von antifaschistischen Aktionen, Demonstrationen und Feiern zum Jahrestag der Befreiung
- Beteiligung an lokalen, regionalen und bundesweiten Bündnisaktivitäten gegen das Defender-Manöver; Anleitung und Koordinierung der DKP-Bündnisaktivitäten gegen „Defender“
- Ggf. Überarbeitung und erneute Verbreitung des Leitfadens der Geschichtskommission zum 70. Jahrestag der Befreiung
- Erstellung eines bundesweiten DKP-Infomaterials zum „Defender“-Manöver im Sinne der o. g. politischen Linie sowie von Rede- und Flugblattbaustexten zum Tag der Befreiung und zu „Defender“ für DKP Gruppen; Agitationsmaterialien: Anti-NATO-Broschüre, Friedensinfo, Schilder für Demos (z.B. Ostermarsch), Sticker.
- Bundesweite Mobilisierung nach Berlin und Vorbereitung einer Bündnisaktion in o. g. Sinne; regionale Mobilisierung nach Torgau; Prüfung der Einladung und Einbeziehung eines Genossen/einer Genossin der KPRF bei den Aktivitäten in Berlin
- Koordinierung mit internationalen Kommunistischen- und Arbeiterparteien bzgl. Proteste gegen „Defender“
- Ankündigungen und Berichterstattung in der UZ und im Web
- Das Sekretariat wird beauftragt, Verantwortlichkeiten festzulegen.

(angenommen bei 2 Enthaltungen)

Mobilisierung zur und Auftritt der DKP bei der „Anti-Siko“ Demo am 15.2.2020

Die sogenannte Sicherheitskonferenz findet alljährlich im Bayrischen Hof in München statt. Die Proteste gegen dieses Treffen sind – mit Ausnahme der Ostermärsche - die größte regelmäßige Friedens- und Antikriegsdemonstration in Deutschland. Die DKP ist Teil des Vorbereitungsbündnisses und beteiligt sich mit einem eigenen Auftritt im Rahmen der Demonstration.

Die DKP ruft ihre Mitglieder, insbesondere aus den Bezirken Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg, Nord- und Südbayern auf, sich an der Demonstration gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz zu beteiligen. Die DKP plant zusammen mit der SDAJ, die Schwesterparteien für einen gemeinsamen gut wahrnehmbaren „Internationalistischen kommunistischen Block“ auf der Demonstration zu gewinnen.

Hauptinhalte der Agitation und des Blocks werden sein:

1. Bildung und Sozialausgaben erhöhen statt jeden 5. Euro für die Rüstung
2. Stoppt den dritten Anlauf der deutschen Kriegstreiber - Nein zur EU Armee
3. Keinen heißen Handelskrieg - Friede mit Russland und der VR China
4. München ist Stadt der Rüstung - München soll Stadt des Friedens werden
5. Krieg ist Umweltzerstörer Nr. 1, Krieg ist Fluchtursache Nr.1 – Für eine Welt in der wir morgen noch Leben können!
6. Widerstand gegen das US-Manöver „Defender Europe 2020“

Agitation:

- Flyer des Siko-Bündnisses (Dez) und der DKP-Flyer (Jan) werden UZ beigelegt
- Artikel um Vorfeld in der UZ, u. a. mit Verknüpfung der Proteste Büchel/Siko
- Regionale Vorfeldveranstaltung
- Verteilung von ca. 700 UZ
- Berichterstattung in UZ, Homepage usw.

Internationalistischer kommunistischer Block:

Sichtbar erkennbar als Internationalistischer kommunistischer Block mit DKP, SDAJ, und Schwesterparteien, eigener Lauti um Inhalte zu vermitteln. Hauptinhalte sollen deutlich erkennbar sein durch Schilder, Fronttransparent usw.

Verantwortung: BV Südbayern und KV München

(einstimmig angenommen)

Auftreten der DKP am Luxemburg-Liebknecht-Wochenende 2020

Das Luxemburg-Liebknecht-Wochenende am 11./12. Januar 2020 ist unser politischer Jahresauftakt 2020. Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und der zunehmenden Aggression des imperialistischen Blocks unter der Führung der USA mit der NATO als aggressiver Militärmacht, die sich vor allem gegen die russische Föderation und China richtet, stellen wir es im 75. Jahr der Befreiung unter das Motto „Frieden mit Russland – US-Manöver ‚Defender Europe 2020‘ stoppen!“

Der DKP-Parteivorstand ruft die Mitglieder der DKP auf, sich zahlreich an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht in Berlin zu beteiligen und das direkte Umfeld, also Freunde und Bündnispartner, zu mobilisieren. Wir rufen insbesondere zur LL-Demonstration auf, die am Sonntag, den 12. Januar, zum Friedhof der Sozialisten nach Friedrichsfelde zieht. Wir mobilisieren zu einem kräftigen DKP-Block, den wir als Antikriegsblock gestalten.

Am LLL-Wochenende konzentrieren wir unsere Agitation auf die UZ und das UZ-Pressefest. Wir verteilen 1500 Exemplare der UZ, werben 100 UZ-Probeabos und verkaufen 200 Soli-Buttons. Die Aktivitäten am LL-Wochenende werden gemeinsam vom Parteivorstand, seiner Internationalen Kommission und der Berliner Landesorganisation vorbereitet und durchgeführt. Für die Mobilisierung zum LL-Wochenende wird – möglichst gemeinsam mit der SDAJ – ein Material mit unseren Aktivitäten erstellt und regelmäßig in der UZ geworben.

Die DKP mobilisiert zu folgenden Aktivitäten:

1. Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) der Tageszeitung junge Welt, Samstag 11. Januar 2020

Die RLK findet unter dem Motto „Macht der Straße – Kampf um die Zukunft – Die Systemfrage beantworten“ erneut im Hotel Mercure in Berlin Moabit statt. Als Mitveranstalter beteiligen wir uns an der Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung der Konferenz. Wir unterstützen die Konferenz in den Bereichen Sicherheit und Helferversorgung. Im Rahmen der Konferenz organisiert die DKP das Café K sowie zwei Infostände.

2. LLL-Treffen von DKP und SDAJ, Samstag 11. Januar 2020

Unser traditionelles LLL-Treffen gestalten wir in diesem Jahrgemeinsam mit der SDAJ. Es findet ebenfalls im Hotel Mercure statt. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung ist der 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg und die Mobilisierung gegen die Kriegsvorbereitungen durch das US-Manöver „Defender Europe 2020“. In dessen Rahmen werden US-Truppen durch Deutschland nach Polen, Georgien und ins Baltikum verlegt. Dazu laden wir eine Vertreterin der KP Polens als Gastrednerin ein. Diese Einladung gibt uns zudem Gelegenheit unsere Solidarität mit der von Repression und antikommunistischer Hetze betroffenen GenossInnen in Polen zu bekräftigen.

Bestandteile der Veranstaltung:

- Rede des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele
- Rede der SDAJ
- Grußwort der KP Polen
- Grußwort der KJ Schweiz
- Berichte/Videoclips von Aktionen der DKP und SDAJ 2019
- Kulturprogramm mit Hartmut König & Bersarins Erben

3. LL-Demonstration, Sonntag, 12. Januar 2020

Die DKP ist Bestandteil des LL-Demo-Bündnisses, unterstützt die Demonstration und übernimmt organisatorische Aufgaben. Neben dem LL-Aufruf des Bündnisses, den wir unterstützen, wird es einen eigenen Aufruf von DKP und SDAJ geben.

Wir beteiligen uns mit einem starken DKP-Block mit Leittransparent, weiteren Sichtelemente mit oben genannter Ausrichtung und einem Lautsprecherwagen an dem Zug nach Friedrichsfelde. In Friedrichsfelde werden wir die Demonstranten erneut mit einem Info- und Versorgungsstand begrüßen.

4. Verantwortlichkeiten

RLK: Anne R, Burgi S

Café K: Nele M

LLL-Treffen: Wera R

LL-Demo: Jan S, Stefan N

Friedrichsfelde: Diana K

Agitation & Werbung: Klaus L

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Allgemeine Konzeption für das 21. UZ-Pressfest

1. Allgemein

Wir führen das 21. UZ-Pressfest vom 28. – 30. August 2020 im Dortmunder Revierpark Wischlingen als Fest des Friedens und der Solidarität durch. Voraussetzungen sind ein entsprechender Beschluss des 23. Parteitages im Februar/März 2020 und das Sammeln von 40.000 Euro Spenden für das Fest bis zum 23. Parteitag.

Es wird erneut politisch notwendig sein, das Friedensthema, den Widerstand gegen die NATO und die Forderung nach Frieden mit Russland in den Vordergrund zu stellen und als Hauptveranstaltung ein internationales Antikriegsmeeting durchzuführen. Ein zweiter Schwerpunkt wird die antiimperialistische Solidarität und die Einbeziehung unserer internationalen Gäste sein. Drittens werden soziale Themen und Arbeitskämpfe einen hohen Stellenwert haben. Wir bleiben damit bei unserem Dreiklang „Für Frieden, Arbeit Solidarität“.

Unser Volksfest bekommt eine besondere Bedeutung durch die Kommunalwahlen in NRW am 13. September 2020. Unser Fest kann und soll unsere Kandidaturen unterstützen. Wir müssen aber berücksichtigen, dass die Partei in NRW durch den Wahlkampf stark gefordert ist und weniger Kräfte in Vorbereitung des Pressefestes zur Verfügung stehen werden. Wir müssen auch der Auswertung des 20. UZ-Festes Rechnung tragen, dessen Durchführung an einzelnen Stellen zur Überlastung geführt hat. Es gab an verschiedenen Stellen personelle Engpässe.

Wir wollen dennoch ein Volksfest mit gleicher Ausstrahlung wie 2016/2018 in die Friedens-, antifaschistische und Gewerkschaftsbewegung durchführen und dafür unsere Kräfte besser einsetzen. Hebel dafür sind Diskussionen mit den Bezirken über Größe und Art ihrer Beiträge und in den Grundorganisationen über die planmäßige Mobilisierung von TeilnehmerInnen und damit auch HelferInnen über die Mitgliedschaft hinaus.

2. Charakter & Programm

Wir führen das 21. UZ-Pressfest erneut als politisches Volksfest durch. Wir wollen sowohl politisch Aktive aus der Friedens- und antifaschistischen Bewegung, der Jugend- und Gewerkschaftsbewegung und unser Bündnisumfeld mobilisieren als auch Dortmunderinnen und Dortmunder und Menschen aus NRW an unsere Inhalte heranführen. Dafür organisieren wir ein politisches und kulturelles Programm, das entsprechend unserer Schwerpunkte Diskussionen in der Bewegung aufgreift und unsere Positionen zur Diskussion stellt, aber auch niederschwellige Elemente wie Konzerte und das Kinderfest umfasst.

Wir haben auf den vergangenen Festen versucht, zentrale Höhepunkte wie das Antikriegsmeeting auf der Hauptbühne zu schaffen und als solche herauszustellen. Wir wollen daran weiter arbeiten.

2.1. Zentrales Programm

Internationales Antikriegsmeeting und Diskussionsrunden des Parteivorstandes

Der Parteivorstand organisiert das Internationale Antikriegsmeeting auf der Hauptbühne und fünf zentrale Diskussionsveranstaltungen. Themenfelder sind aus heutiger Sicht:

- * Internationales Antikriegsmeeting
- * Frieden und Antimilitarismus
- * Antiimperialistische Solidarität/Runde mit Internationalen Gästen
- * Betrieb & Gewerkschaft // Krise // Kampf um Arbeitsplätze
- * Demokratie & Rechtsentwicklung
- * Ökologie & Umwelt

Weitere wichtige Themenfelder - Kommunales, Gesundheit, Bildung, Frauen, Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung, Rolle & Bedeutung der DDR - werden frühzeitig an Bezirke bzw. die UZ-Redaktion vergeben. Das Programm soll insgesamt stärker koordiniert werden.

Hauptbühne

Die Hauptbühne wird erneut auf dem Sportplatz am hinteren Ende des Hauptplatzes stehen. Neben dem Antikriegsmeeting finden dort drei Konzerte statt:

- * Freitag abend: Ska/Punk/Jugend-Konzert
- * Samstag abend:
 - Antikriegsmeeting mit Rede des Vorsitzenden und Begrü.ung der internationalen Gäste
 - Konzert der Internationalen Solidarität
- * Sonntag nachmittag: Konzert gegen rechts mit Konstantin Wecker & Friends

Kleinkunstbühne

Die Kleinkunstbühne ist für Einzelkünstler und Liedermacher (keine Bands) vorgesehen und wird zentral organisiert. Sie steht auf dem Hauptplatz an der Kogge.

Kunst- und Kulturhalle

Programm und Konzeption der Kunst- und Kulturhalle werden von der Kulturkommission verantwortet. Die Halle wird umgestaltet und wieder auf eine Bühne reduziert.

Im unteren Teil der Halle befinden sich:

- * Bühne
- * Kunstaussstellung
- * Café K

Im oberen Teil befindet sich:

- * Kunst- und Kulturmarkt

Debattenzelt

Es gibt ein Debattenzelt. Darin finden Diskussionsrunden des Parteivorstandes, der UZ-Redaktion und der Bezirke statt, die keine eigenen Zelte organisieren. Ggf. können auch Filme gezeigt werden. Ein eigenes Filmzelt wird es nicht geben.

Casa Cuba/Internationale Gäste/Solibewegung

Einen hohen Stellenwert hat die Beteiligung unserer internationalen Gäste und Schwesterparteien auf dem Fest. Wir wollen diesen Bereich mit der Casa Cuba als Mittelpunkt stärker zusammenführen.

Wir verzichten auf ein eigenes Internationales Programmzelt und integrieren Programmpunkte mit Internationalen Gästen in das Programm des Parteivorstandes, der Bezirke und der Casa Cuba. Es gibt einen Treffpunkt und Rückzugsort für die internationalen Gäste. Die Stände und Zelte unserer Schwesterorganisationen, ggf. von Botschaften und von Solidaritätsgruppen werden rund um die Casa Cuba konzentriert. Für die Betreuung dieses Bereiches und zur Unterstützung der Internationalen Kommission werden Gespräche mit Bezirken geführt. Die Casa Cuba wird von der Kuba-AG der Internationalen Kommission verantwortet.

Jugendbereich

Der Jugendbereich soll erneut in der Mitte des Geländes und in Verantwortung der SDAJ liegen. Die kubanische Botschaft diskutiert ihre jährliche Kuba-Jugend-Konferenz im Rahmen des Pressfestes durchzuführen. Das könnte sowohl im Rahmen des Jugendbereiches als auch im Rahmen des internationalen Bereiches stattfinden.

Kinderfest

Das Kinderfest ist ein wichtiger Anziehungspunkt für die Nachbarschaft und soll wieder in der Mitte des Festes am Rondell integriert werden. Wir wollen diesen Bereich mit Mitmach-Programm, Kindereisenbahn und Hüpfburg wieder ausweiten und die Roten Peperoni als Mitveranstalter gewinnen.

2.3. Bezirksbeiträge

Roter Markt NRW mit Perle vom Borsigplatz

Der Rote Markt NRW mit der Perle vom Borsigplatz der DKP Dortmund findet sich erneut am Eingangsbereich des Festes. Er wird im Rahmen des Kommunalwahlkampfes aufgewertet und konzentriert sich auf kommunalpolitische Themen.

Leninplatz

Die ostdeutschen Bundesländer und Berlin gestalten erneut den Leninplatz am See. Ebenfalls dort stehen voraussichtlich auch das Zelt des DDR-Kabinetts und der GRH sowie das Zelt der jungen Welt und des Verlag 8. Mai.

Nordlichter

Rund um die Kogge sammeln sich die Bezirke Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und ggf. Niedersachsen.

Hessen

Der Bezirk Hessen organisiert erneut ein Zelt mit Versorgung und Programm.

Weitere Bezirke

Stand heute diskutieren wir mit den Bezirken Nord- und Südbayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Niedersachsen auf große Bezirksbeiträge zu verzichten, um zentrale Aufgaben zu übernehmen. Dazu zählt auch die Versorgung. Dabei gewährleisten wir, dass diese Bezirke u. a. im Debattenzelt die Möglichkeit für eigene Programmpunkte bekommen.

3. Bündnispartner

Das Fest lebt von der Beteiligung von Bündnispartnern und befreundeten Organisationen. Wir bieten ihnen die Beteiligung an Diskussionsrunden und mit Infoständen. Für eigene Programmbeiträge/Programmzelte laden wir ein:

- junge Welt/M&R/Verlag 8. Mai
- DDR-Kabinett/GRH
- Die Linke/ggf. Neues Deutschland
- Heideruh & VVN/BdA

4. Werbung und Mobilisierung

Angesichts der schleppenden Mobilisierung in der Partei zum 20. UZ-Pressfest, die wir vor allem am mangelhaften Buttonverkauf festgemacht hatten, wollen wir einen neuen

Anlauf für ein planmäßiges Herangehen an das UZ-Pressesfest in den Grundorganisationen machen. Für eine frühzeitige Diskussion um die Teilnahme und Mobilisierung in den Grundorganisationen der Mitgliedschaft und des engen Umfeldes wird ein Fragebogen entwickelt.

Erste Materialien – Save the date-Flyer, Banner, Anzeigenvorlagen, Transparente und Soli-Buttons liegen zur 11. PV-Tagung vor.

5. Verantwortlichkeiten

Die 8. PV-Tagung hat bereits eine Pressesfest-Kommission gewählt mit den GenossInnen: Wera Richter, Klaus Leger, Uli Abc, Jan Salm, Anke Dussmann, Anne Roland. Wir schlagen vor sie um Diane Kummer zu ergänzen.

Programm

Gesamt: Wera R

Politisches Programm: Tina S

Kulturprogramm: Diana K

Kunst- und Kulturhalle: Toni K, Herbert B

Kleinkunsthöhne: Barbara M

Organisation

Technische Leitung: Uli Abc, Jan S, Francois K, Ingolf S

Org-Büro: Anne R

Öff-Arbeit & Agitation

Gesamt: Klaus L

Redaktionelle Arbeit: Wera R, Melina D, Lars M

Online-Medien: Christoph H, Anke D

Dortmund & Umgebung: Wera R

Platzgestaltung & Programmheft: Toni P

Finanzen: Klaus L

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Zur Erklärung der DKP Saarland zum türkischen Überfall auf Syrien

Der Parteivorstand missbilligt die öffentliche Erklärung des Sekretariates des Bezirksvorstandes der DKP Saarland mit dem Titel "Stoppt die Aggression der Türkei - Solidarität mit den Menschen in Nordsyrien und dem Widerstand". Er missbilligt, dass der Aufforderung des Genossen Patrik Köbele, die Erklärung zurückzunehmen, also auch von der Homepage zu nehmen, nicht entsprochen wurde.

Der Parteivorstand unterstützt die inhaltliche Wertung des Sekretariates in der es hieß:

„Wir weisen (...) Aussagen und Forderungen wie die nach "internationaler Anerkennung der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien als autonomer Teil Syriens" und einer Flugverbotszone über Nordsyrien entschieden zurück. Die Einrichtung von Flugverbotszonen ist völkerrechtswidrig und seit dem Jugoslawienkrieg ein Mittel der imperialistischen Regime-Change-Politik, um militärische Interventionen wie den Einmarsch von NATO-Truppen zu ermöglichen. Die Forderung nach internationaler Anerkennung Nordsyriens als kurdische autonome Region ist eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, das Opfer einer langanhaltenden imperialistischen Aggression ist. Beides ist keine Position der DKP. Wir wenden uns gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens und verteidigen die Souveränität Syriens.

Wir weisen auch den Angriff auf unseren UZ-Autor Manfred Ziegler zurück, dem die GenossInnen aus dem Saarland "Häme" gegenüber dem unbestrittenen Leid der Kurdinnen und Kurden vorwerfen.

Den GenossInnen aus dem Saarland ist es unbenommen, die Positionen des Parteivorstandes und die Berichterstattung der UZ zum völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf Syrien zu kritisieren. Das in einer öffentlichen Erklärung verbunden mit Forderungen, die nicht den Positionen der DKP entsprechen, zu tun, widerspricht unserer Arbeitsweise und unserem Statut. Die Internationale Arbeit der DKP ist Angelegenheit des Parteivorstandes. Wir werden die GenossInnen aus dem Saarland daher auffordern, die Erklärung zurückzunehmen, also auch von der Homepage zu nehmen und nicht weiter zu verbreiten.“

(angenommen bei 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

Parteiordnungsverfahren

Der Parteivorstand hat – bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen - beschlossen ein Parteiordnungsverfahren gegen Genossen ME einzuleiten.

Delegierung

Genossin Monika M-S nimmt als Gast am 6. Parteitag der Europäischen Linkspartei vom 13. – 15. Dezember in Malaga teil. (einstimmig)

1 **Antrag an den 23. Parteitag der DKP**
2 **Antragsteller: Parteivorstand der DKP**

3
4

5 **Die Situation in den Krankenhäusern ist katastrophal – wir müssen aktiv werden für**
6 **eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung!**

7

8 Kapitalismus tötet und das nicht nur in Kriegen. Nach Angaben der deutschen Gesellschaft
9 für Krankenhaushygiene sterben jährlich in der BRD 30.000 bis 40.000 Menschen an Infekti-
10 onen, die sie erst in Krankenhäusern bekommen haben. Die meisten davon wären vermeid-
11 bar, wenn entsprechende Hygienemaßnahmen eingehalten werden könnten, wofür aber
12 oftmals das Personal fehlt. Zu späte Versorgung, das Nicht-Bemerken von Komplikationen,
13 Wundliegen oder Lungenentzündungen durch mangelndes Personal sind weitere Auswir-
14 kungen, die das Leben kosten können. In dem überdurchschnittlich heißen Jahr 2018 sind
15 in der BRD mehr als 8.000 alte Menschen mehr gestorben als normal. Die Todesursache war
16 angegeben mit Herzschwäche oder ähnlichem, real sind die meisten von ihnen gestorben,
17 weil sie nicht ausreichend mit Flüssigkeit versorgt wurden. Auf Intensivstationen können
18 beatmete Patienten oft genug nicht rechtzeitig und regelmäßig abgesaugt werden, weil es
19 an Personal mangelt. Patienten äußern, dass sich das wie Waterboarding anfühlt. In den
20 psychiatrischen Kliniken werden Menschen mit Zwangsmaßnahmen oder Medikamenten
21 ruhiggestellt, weil das Personal für Kriseninterventionen fehlt.

22

23 Das sind nur einige Schlaglichter, wie es aktuell um die Versorgung in den Krankenhäusern
24 bestellt ist. Die Situation in der stationären und ambulanten Altenpflege ist teilweise noch
25 dramatischer. Allein in den Krankenhäusern fehlen mindestens 143.000 Pflegekräfte und
26 auch in allen anderen Berufsgruppen herrscht Personalmangel. Das führt zu schlechter Ver-
27 sorgung, unnötigen Schmerzen und vermeidbaren Wiederaufnahmen in Krankenhäusern.
28 Das kostet Menschenleben.

29

30 Mit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR haben sich die Kräfteverhältnisse in der BRD
31 massiv zugunsten des Kapitals verschoben. Das Kapital hat diese Situation genutzt, um in
32 massiver Weise die Ausbeutung auszuweiten und das Lebensniveau der arbeitenden Klasse
33 herab zu drücken.

34

35 Dazu gehören auch die Angriffe und Verschlechterungen im Bereich der Gesundheitsversor-
36 gung. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist die Gesundheitsversorgung hauptsächlich da-
37 rauf ausgerichtet, die Ware Arbeitskraft wiederherzustellen und Profit zu erwirtschaften. Sie
38 ist ein Reparaturbetrieb und richtet sich nicht vorrangig nach menschlichen Bedürfnissen.
39 Das Kapital hat das Interesse, die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, also
40 die Löhne, möglichst gering zu halten. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung verringern
41 die durchschnittliche Profitrate des Kapitals und somit die Profite aller Kapitale. Zugleich
42 muss die Gesundheitsversorgung aber auch so bemessen sein, dass die Arbeitsleistung
43 nicht leidet, so dass es notwendig ist, ein bestimmtes Niveau der Versorgung, zumindest für
44 Teile der Arbeiterklasse zu halten. In einem Grundsatzpapier von 1994 fordert der BDA be-
45 reits die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten einer privaten Versi-
46 cherung und der so genannten Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen. In einem Papier
47 des BDA von 2001 wird auf dem Weg dorthin die Konzentration auf einige Kernleistungen
48 gefordert. Wie gut oder schlecht unsere Gesundheitsversorgung unter diesen Verhältnissen
49 ist, ist davon abhängig, was dem Kapital abgetrotzt werden kann.

50

51 Für Einzelkapitale stellt der Gesundheitsbereich jedoch auf der anderen Seite eine Quelle
52 von teilweise überdurchschnittlichen Profiten dar. Das Akkumulationsbedürfnis des Kapitals
53 treibt es dazu, immer neue Gebiete für die Kapitalverwertung zu erschließen. Hierzu ge-
54 hören auch Bereiche, die bisher der öffentlichen Daseinsvorsorge vorbehalten waren, wie
55 öffentliche Infrastruktur oder das Gesundheitswesen. Hohe Renditen sind für Einzelkapitale
56 besonders im Bereich der pharmazeutischen Industrie der Herstellung von medizinischen
57 Geräten, der Krankenhauskonzerne und der stationären Altenpflege zu erzielen. Während
58 der Bereich der pharmazeutischen Industrie in der BRD immer in privater Hand lag, muss-

59 ten im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeheime erst die politischen und gesetzlichen
60 Voraussetzungen geschaffen werden, um hier Profite erzielen zu können. Diese Aufgabe
61 übernahm der Staat 1985 mit der Aufhebung des Verbots der Gewinnerwirtschaftung und
62 der Einführung der Fallpauschalen 2002. In diesem Prozess ist die Gesundheitsversorgung
63 zu einer Ware geworden.

64
65 Die Einführung der Fallpauschalen als Finanzierungssystem für die Krankenhäuser hat zu
66 einer massiven Verschlechterung der Gesundheitsversorgung geführt. Unabhängig von der
67 Verweildauer der Patienten und der tatsächlichen Versorgung erhalten die Krankenhausbe-
68 treiber eine Pauschale. Je weniger Personal sie einsetzen, desto höher sind ihre Gewinne.
69 Innerhalb von 5 Jahren, von 2002 bis 2007, wurden in den Krankenhäusern 33.000 Stellen
70 abgebaut. Die Verweildauer verkürzte sich von 14 auf gut 7 Tage. „Blutige“ Entlassungen
71 von noch kranken Patientinnen und Patienten sind die Folge, genauso wie Entlassungen
72 ohne Absicherung der Nachsorge und Betreuung. Operationen und Untersuchungen wer-
73 den angesetzt, obwohl sie medizinisch nicht notwendig sind, aber eine hohe Fallpauschale
74 bieten. Ärztinnen und Ärzte werden durch die Krankenhausträger dazu gezwungen, ihre
75 Entscheidungen nicht mehr vorrangig nach medizinischen, sondern nach ökonomischen
76 Gesichtspunkten zu fällen. Die Fallpauschalen haben außerdem einen enormen Privatisie-
77 rungsschub ausgelöst, mittlerweile sind von ca. 1800 Krankenhäusern mindestens 750 in
78 Hand von privaten Betreibern. In der Hand der Privaten werden die Kliniken auf die Fach-
79 gebiete ausgerichtet und spezialisiert, die besonders hohe Fallpauschalen liefern, weniger
80 lukrative Bereiche und Kliniken werden geschlossen. Es findet ein politisch gewollter Kon-
81 zentrationsprozess statt, der unter dem Kostendruck auch zur Schließung öffentlicher und
82 freigemeinnütziger Häuser führt.

83
84 Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten ist es, über die Profiteure im Ge-
85 sundheitswesen aufzuklären und sie beim Namen zu nennen. Dies sind z. B. die großen
86 Krankenhauskonzerne Heliuss-Fresenius, Sana oder Asklepios.

87
88 Unsere Zielsetzung muss es sein, die Gesundheitsversorgung wieder der Kapitalverwertung
89 zu entziehen. Hierzu ist die Abschaffung der Fallpauschalen, ein Verbot der Gewinnerwirt-
90 schaftung im Bereich der Gesundheitsversorgung und die Wiedereinführung des Selbstkos-
91 tendeckungsprinzips ein erster Schritt. Krankenhäuser und Pharmaindustrie müssen unter
92 demokratischer Kontrolle in öffentliches Eigentum überführt werden. Macht und Einfluss der
93 Pharmaindustrie müssen gebrochen werden.

94
95 Für eine menschenwürdige, an unseren Bedürfnissen ausgerichtete Gesundheitsversorgung
96 brauchen wir außerdem eine gesetzlich verbindliche Personalbemessung für alle Bereiche
97 des Gesundheitswesens.

98
99 Die vergangenen Kämpfe haben gezeigt, dass allein mit Petitionen und Lobbyarbeit die
100 Forderungen nicht durchzusetzen sind, sondern dass es hierfür betrieblicher und tariflicher
101 Kämpfe und dauerhafter, starker Gewerkschaftsstrukturen bedarf. In Ergänzung und als Un-
102 terstützung dieser Kämpfe entfalten Massendemonstrationen ihre Wirksamkeit.

103
104 Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschaften als wichtigste Kampforganisation der Interes-
105 sensvertretung der Arbeiterklasse zu stärken und innerhalb der Gewerkschaften dafür zu
106 sorgen, dass die Verteidigungskämpfe gegen die Angriffe des Kapitals auf unsere Arbeits-
107 und Lebensverhältnisse konsequent geführt werden. Hierzu gehört auch der Kampf für eine
108 menschenwürdige Gesundheitsversorgung.

109
110 In den Kämpfen müssen wir den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit ver-
111 deutlichen und auf die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterklasse orientie-
112 ren (z. B. Vertrauensleute und Betriebsgruppen). Bildungsarbeit zum Gesundheitswesen, zu
113 den Wirkungen der Fallpauschale, zu den Interessenslagen von Krankenkassen, Kranken-
114 hausbetreibern, Pharmazie- und Geräteindustrie oder staatlichen Stellen, spielt hierbei eine
115 wichtige Rolle.

116

Die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Charité haben das riesige Verdienst, für den Bereich der Krankenhäuser das Mittel des Bettenstreiks entwickelt zu haben, der es ermöglichte beim Streik in den Krankenhäusern auch ökonomisch Druck aufzubauen. Damit haben die Streikenden der Charité den Krankenhausbeschäftigten das zentrale Kampfmittel in die Hände gegeben. Als erstes Krankenhaus erstreikten sie einen Tarifvertrag, der eine verbindliche Personalbemessung vorsieht. Weitere wichtige Erfahrungen aus diesen Kämpfen waren die Einführung eines Systems von Tarifierberaterinnen und -berater und die wirksame Unterstützung durch ein Bündnis. Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurden in den folgenden Jahren zahlreiche tarifliche und betriebliche Kämpfe für eine verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern geführt. Die Streiks an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen haben gezeigt, dass selbst harte Erzwingungsstreiks geführt werden können, wenn die Kolleginnen und Kollegen selbst Subjekt der Auseinandersetzung sind.

Die Krankenhäuser sind die Betriebe im Gesundheitswesen, an denen die meisten Beschäftigten an einem Ort sind. Mit 35 Prozent stellen sie die größte Beschäftigtengruppe im Gesundheitswesen dar. Außerdem liegt hier die größte Möglichkeit, auch ökonomischen Druck aufzubauen. Darum muss der Schwerpunkt der Kämpfe in den Krankenhäusern liegen. Zielsetzung muss jedoch eine Verbesserung für alle Bereiche der Gesundheitsversorgung sein.

Der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung liegt nicht nur im Interesse der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Er liegt im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten. So wurde die Losung der Krankenhausbeschäftigten „Mehr von uns ist besser für alle!“ überall in der Solidaritätsbewegung aufgenommen. Neben der Gründung und Weiterentwicklung von Bündnissen ist es notwendig, branchenübergreifend in den DGB-Gewerkschaften Solidarität mit den Kämpfen in den Krankenhäusern zu entwickeln. Hier sind besonders die Großbetriebe wichtig, um eine Perspektive für gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.

Die Aufgaben der Bündnisse sind aus unserer Sicht: Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der betrieblichen Kämpfe, Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb, Unterstützung von Bildungsarbeit in den Streiks und die Organisierung von solidarischen Nachbarschaften um die Krankenhäuser herum. Viele der Aktiven haben sich erstmalig organisiert und besitzen wenig politische Erfahrungen. Darum ist es auch von großer Bedeutung, Kampferfahrungen aus der Arbeiterbewegung weiter zu geben.

Eine weitere wichtige Aufgabe für uns als Kommunistinnen und Kommunisten in den Bündnissen liegt darin, deutlich zu machen, dass eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung erst unter sozialistischen Verhältnissen garantiert werden kann. Die praktischen Beispiele der DDR und Kubas geben uns hier vielfältige Möglichkeiten, dies zu veranschaulichen, wie z. B. das flächendeckende Netz von Polikliniken in der DDR, die in allen Regionen des Landes eine umfassende Gesundheitsversorgung ermöglichten.

(angenommen bei 1-Nein-Stimme, 1Enthaltung)

1 **Antrag an den 23. Parteitag der DKP**
2 **Antragsteller: Parteivorstand der DKP**

3
4

5 **Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik**

6

7 Dieser Umweltantrag soll die Grundlage schaffen, ausgehend vom 23. Parteitag eine ei-
8 genständige Umweltpolitik der DKP zu entwickeln und grundsätzliche Positionen sowie auf
9 Perspektive Eingreifmöglichkeiten für die Partei in diesem Bereich zu bestimmen. In dem
10 Antrag werden die Grundannahmen eines marxistischen Umwelt- und Ökologieverständ-
11 nisses skizziert.

12

13 Die DKP beschäftigt sich schon sehr lange mit Fragen des Kampfes um den Erhalt der na-
14 türlichen Lebensgrundlagen. Auch 1986 hat die DKP auf Ihrem Hamburger Parteitag dazu
15 Beschlüsse gefasst. Die damals beschlossene These 19 „Die ökologische Krise und die Er-
16 fordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“ ist noch heute eine inhaltliche Grundlage
17 für unsere Diskussion und Aktion. In dieser Kontinuität bekräftigen wir Teile der These 19
18 und hängen sie diesem Dokument als Arbeitsmaterial für den Parteivorstand an.

19

20

21 **1. Grundverständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur**

22

23 Der Mensch ist als einziges Wesen im Prinzip in der Lage, die Gesetzmäßigkeiten der Na-
24 tur und der Gesellschaft immer exakter und tiefgehender wissenschaftlich zu erfassen und
25 sich demgemäß auch bewusst und rational im Einklang mit diesen Gesetzmäßigkeiten zu
26 verhalten. Insofern ist er nicht nur ein passives Produkt der Natur und der Gesellschaft, in
27 individueller psychischer Ausprägung, sondern auch ihr aktiver Gestalter. Als Teil der Natur
28 steht der sich selbst ernährende und selbst erzeugende Mensch damit in einer Beziehung
29 zu seiner natürlichen Umgebung, die ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet.

30

31 Marx und Engels beschrieben die unauflösliche Beziehung zwischen den organisch-
32 natürlichen Voraussetzungen der Anthropogenese (Menschheitsentwicklung) und dem be-
33 wussten Einschnitt im Evolutionsprozess, der den entscheidenden Schritt zur Menschwer-
34 dung und zur Gesellschaftlichkeit des Menschen markiert, so: „Zum Leben [...] gehört vor
35 allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und einiges anderes. Die erste geschicht-
36 liche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produk-
37 tion des materiellen Lebens selbst, [...] die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und
38 stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“ (Karl Marx –
39 Friedrich Engels – Werke, Band 3 „Die deutsche Ideologie“).

40

41 Der Mensch tritt in einen unauflöslichen aktiven und strukturierten Stoffwechselprozess mit
42 der Natur, er erhebt sich im Arbeitsprozess aus dem Tierreich und formt sich selbst zu einer
43 individuellen Persönlichkeit. In dieser Mensch-Natur-Dialektik formt und nutzt der Mensch
44 die Natur nach seinen Bedürfnissen. Dabei nimmt die Arbeit eine zentrale Vermittlerrolle
45 ein. Die Arbeit wird zur grundlegenden Voraussetzung für jede menschliche Entwicklung.
46 Durch die Produktion sichert der Mensch seine physische Existenzgrundlage, indem er die
47 materiellen Bedingungen für sein Leben – Nahrung, Kleidung, Wohnung, etc. – produziert.

48

49 Die Produktionsverhältnisse und Produktionsweise bestimmen dabei die Einwirkungen der
50 menschlichen Arbeit auf die Natur. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird das
51 Mensch-Natur-Verhältnis deformiert. „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die
52 Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich
53 die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (K. Marx: Das
54 Kapital, MEW 23, 530).

55

56 Durch die steigende Produktivität, die dem Profitprinzip folgt, hat sich die Arbeit verändert
57 und somit ändert sich auch der Charakter der menschlichen Eingriffe in die Natur. Sie wer-
58 den zu einer Gefahr für die Natur. „In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe

59 ein, auf welcher Produktionsmittel und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche [...] nur
60 Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern nur Destruktionskräfte.“
61 („Die dt. Ideologie“, MEW Bd.3, 69).

62
63 Dies geschieht in dem Maße und Umfang, in dem die Natur – ebenso wie die menschliche
64 Arbeitskraft – nur als Ausbeutungsobjekt durch das Kapital angesehen wird. Für die Zuspit-
65 zung dieses Widerspruchs und somit auch für die Auslösung der ökologischen Krise sind
66 vor allem die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Ag-
67 rarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich. Der Staat als ideeller
68 Gesamtkapitalist, der grundsätzlich die Interessen der Monopole vertritt, erlaubt und tole-
69 riert diese industriell organisierten Umweltbelastungen und -zerstörungen.

70

71

72 **3. Die ökologische Krise als Feld des Klassenkampfes**

73

74 Die kapitalistische Produktionsweise und die nicht nachhaltige Entwicklung der Produktiv-
75 kräfte haben dazu geführt, dass in vielen Bereichen der natürlichen Lebensbedingungen die
76 Grenzen der Ressourcennutzung überschritten wurden. Das hat zu einem Überschreiten der
77 planetarischen Grenzen geführt. Die sich dadurch entwickelte ökologische Krise, manifes-
78 tiert sich in vielen Bereichen, wie zum Beispiel beim Verlust an Bio-Diversität, der Überdün-
79 gung von Böden und Meeren durch Landwirtschaft und Industrie, der rasanten Veränderung
80 des Klimas, die zur Ausbreitung von Wüsten führt, und der Verschmutzung der Meere. Ein
81 aktuell offensichtliches Problem der ökologischen Krise ist die steigende Erwärmung der
82 Erdatmosphäre. Stetig steigende Temperaturen werden auf absehbare Zeit so starke Ver-
83 änderungen der natürlichen Lebensgrundlagen bewirken, dass die aktuelle Produktion in
84 bisheriger Weise nicht fortgeführt werden kann.

85

86 Die Ursachen für den Anstieg von CO₂ und anderer Treibhausgase in der Atmosphäre und
87 der damit einhergehende Treibhauseffekt liegen im Wesentlichen in der kapitalistischen Pro-
88 duktionsweise. Zu den Ursachen zählen unter anderem die Förderung und Verbrennung
89 fossiler Energieträger, die Herstellung und Anwendung von Kunstdünger, die Überprodukti-
90 on an Gülle in der konventionellen Landwirtschaft und die Zerstörung global wichtiger Öko-
91 systeme, einschließlich der Entwaldung halber Kontinente. Diese Produktionsweise, die die
92 natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist perspektivisch nicht aufrecht zu erhalten.

93

94 Auch der rasante Anstieg von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas
95 in der Atmosphäre ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht
96 mehr ernsthaft bezweifelt werden. Der Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitiger Ver-
97 sauerung und Verschmutzung der Meere, ein exponentielles Artensterben, auftauende Per-
98 mafrostböden und Wetterextreme sind nur erste Erscheinungen einer bevorstehenden öko-
99 logischen Katastrophe. Als Folge der Umweltzerstörung sind starke Migrationsbewegungen
100 ebenso zu erwarten wie der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien. Verteilungskämp-
101 fe um Trinkwasser und Anbauflächen werden ausbrechen, die nicht nur der Eroberung von
102 Extraprofiten dienen, sondern das Überleben einzelner Nationen absichern sollen.

103

104 Für die Menschheit folgenschwere Eingriffe in die Natur sind allgegenwärtig. Besonders
105 betroffen sind Angehörige der Arbeiterklasse, Kleinbauern und völlig verarmte Bevölke-
106 rungsschichten, vor allem in den von den Imperialisten ausgebeuteten Ländern aber auch
107 innerhalb der imperialistischen Zentren. Die ökologische Krise bedeutet Zerstörung der na-
108 türlichen Lebensgrundlagen und damit die Zerstörung der Grundlagen für Produktion und
109 Konsumtion, also der Produktionsbedingungen weltweit. Daraus ergibt sich eine Verschär-
110 fung der gesellschaftlichen Widersprüche. Unter diesem Aspekt ist die soziale Frage von
111 den ökologischen Fragen nicht zu trennen.

112

113 Vor allem die arbeitenden Menschen brauchen eine intakte Umwelt, um ihre Arbeitskraft
114 zu regenerieren. Deshalb ist die ökologischen Krise nur bedingt ein allgemein menschli-
115 ches Problem, sondern ein Gebiet des Klassenkampfes. Es gilt die von der kapitalistischen
116 Produktionsweise hervorgerufenen Ursachen aufzuzeigen und damit den ökologischen und

den antiimperialistischen Kampf als eine Einheit zu verstehen und zu führen. Das bedeutet aus marxistischer Sicht Klassenkampf.	117 118 119 120
4. Kommunistischer Umwelt- und Klimapolitik und ihre Politikfelder	121 122
Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“, um der beschleunigten Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen und damit der Lebensgrundlage der Menschheit auf diesem Planeten Einhalt zu gebieten. Durch das kapitalistische Profitstreben ist diese Produktionsweise völlig unfähig, die Grundbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und verursacht dabei die ökologischen Zerstörungen selbst. Der Einstieg in die gesamtgesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft ist unabdingbar, dazu müssen die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sofort eingeschränkt, die Monopole entflochten und beseitigt werden. Das erfordert umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft.	123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133
Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben, um die notwendige Transformation des Produktionsbereichs zu finanzieren. Sie sind nicht geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen und die ökologische Krise auch nur annähernd aufzuhalten. Die jetzt eingeführte CO2-Bepreisung dient eben dieser Umverteilung. Als verbrauchsbezogene Steuer ist sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen. Sie ist eingebettet in ein Steuersystem in Deutschland, das die Kosten des Staates für die Allgemeinheit nicht durch Konzernbesteuerung, sondern durch Verbrauchsteuern finanzieren lässt. Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach einer Reichensteuer verbunden werden. Die Konzerne und Banken, deren Besitzer, Aktionäre, Finanziere und Nutznießer verantwortlich sind für die umweltschädliche Produktivkraftentwicklung, müssen gezwungen werden zu zahlen.	134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146
Neue Massen- und Verbrauchssteuern wie eine CO2-Steuer sowie jede Art der CO2-Bepreisung für die Endverbraucher oder Konsumenten verdrehen das Verursacherprinzip. Die Geschädigten sollen die Kosten zahlen und nicht diejenigen, die die Produkte und Technologien herstellen und zum Einsatz bringen lassen. In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die Lebensgrundlagen zu erhalten. Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.	147 148 149 150 151 152 153 154
Nur eine Klima- und Umweltpolitik in Verknüpfung mit einer umfassenden Konzeption der Systemüberwindung und des Bruchs mit der Profitlogik kann eine Zukunftsperspektive für die vom Kapitalismus ausgebeuteten Klassen und Völker darstellen.	155 156 157 158
Der Parteivorstand wird beauftragt einen Aktions- und Forderungskatalog für den Bereich der Umweltpolitik zu erarbeiten, dabei stehen unter anderem folgende Themen im Fokus:	159 160 161
1. Krieg und Militär	162
2. Mobilität und Verkehr	163
3. Energieversorgung	164
4. Nahrungsmittelproduktion	165
5. Wohnen und Stadtentwicklung	166
6. Arbeitszeitverkürzung	167 168 169
Arbeitsmaterial für den Parteivorstand zur Erarbeitung aktueller Positionen der DKP zur Umweltpolitik	170 171 172
„Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“, Auszüge aus These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986	173 174

175 - Mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution werden nach Art und
176 Umfang menschliche Eingriffe in die Natur vorgenommen wie nie zuvor. Die Vorkehrungen
177 zum Schutz der Umwelt sind dahinter zurückgeblieben. Angesichts der Begrenztheit wich-
178 tiger Naturstoffe und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt besteht erstmals in der Ge-
179 schichte eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit. Eine Krise neuer Art ist
180 entstanden: die ökologische Krise, die sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen
181 kann.

182

183 - In der Bundesrepublik hat sich die Umweltqualität schon heute derart verschlechtert, dass
184 hiervon die alltäglichen Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung berührt sind.
185 Wo Nahrung, Boden, Luft und Wasser so giftig sind, dass Wälder, Pflanzen und Tiere ster-
186 ben, können auch die Menschen nicht gesund bleiben. Auf der Jagd nach Höchstprofiten
187 belasten die Konzerne die Umwelt mit freigesetzten Schadstoffen, mit hochgiftigem Chemie-
188 und Atommüll. Schädigungen der Umwelt werden durch militärische Übungen und den Bau
189 von Militäranlagen hervorgerufen. Von atomaren und chemischen Waffen gehen auch im
190 Frieden tödliche Gefahren aus.

191

192 Auf dem Hintergrund der zunehmenden Umweltgefährdung ist ein wachsendes Umwelt-
193 bewusstsein in der Bevölkerung entstanden. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte
194 mussten sich der Ökologieproblematik zuwenden. Der Druck der Umweltschutzbewegung
195 hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in manchen Bereichen vermehrte Umwel-
196 tinvestitionen getätigt wurden. Die Politik der Bundesregierung ist jedoch ungeeignet, die
197 Zuspitzung der ökologischen Krise abzuwenden, weil sie den Konzernen nicht entgegen-
198 treten will. Ihr Konzept „Mehr Markt beim Umweltschutz“ zielt darauf, staatliche und öffentliche
199 Kontrollmöglichkeiten abzubauen sowie die Umweltschutzkosten auf die arbeitende Bevöl-
200 kerung abzuwälzen.

201

202 - Die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit entspringt nicht der
203 modernen Wissenschaft und Technik, sondern den kapitalistischen Verhältnissen, unter de-
204 nen sie entwickelt und eingesetzt werden. Im Kapitalismus ist der Stoffwechselprozess des
205 Menschen mit der Natur der Profitmacherei unterworfen. Das bewirkt Raubbau an der Natur.
206 Weil Umweltschutzmaßnahmen den Profit mindern, wird so weitgehend und so lange wie
207 irgend möglich darauf verzichtet. Gleichzeitig bedeuten die krisenbedingte Vernichtung von
208 Produktivkräften sowie die Schaffung eines Vergeudungs- und Wegwerfsystems im Kons-
209 umbereich einen verschwenderischen Umgang mit der Natur. Eine Gesellschaftsordnung, in
210 der aus Profitsucht die für Mensch und Umwelt schädlichen Folgewirkungen systematisch
211 außer Acht gelassen werden, ist lebensgefährlich. Im Umweltproblem kommt die geschicht-
212 liche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck.

213

214 Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den
215 Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftsentwicklung. Die Entwick-
216 lung der Produktivkräfte im Interesse und unter Kontrolle der Gesellschaft, die vernünftige
217 und planvolle Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kann allein jene Mittel
218 hervorbringen, die gebraucht werden, um die natürliche Umwelt zu sanieren, energie- und
219 rohstoffsparende Technologien zu schaffen, einen pfleglichen Umgang mit der Natur zu er-
220 möglichen. Gerade der Umweltschutz muss zu einem der wichtigsten Felder für neue In-
221 vestitionen und damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein
222 Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch
223 Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit auch unsere Partei sind aufgefordert, hierfür
224 stärker in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei geht es vorrangig um Pro-
225 bleme wie die Sanierung von „Altlasten“ in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schad-
226 stoffen, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, die Entwicklung von Kreislauftechnologien,
227 die Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.

228

229 Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Haupt-
230 verursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbei-
231 tenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen und
232 Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel. Ziel muss sein, einen die Natur-
233 ressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit

die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle	234
bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine Prüfung auf Umwelt-	235
verträglichkeit unabdingbar ist. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursa-	236
cherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das	237
Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht	238
des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil	239
des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.	240
	241
- Umweltgefährdung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Sie ist ein globales Prob-	242
lem. Die Verschmutzung der Weltmeere, Einwirkungen auf die Erdatmosphäre, die	243
Zerstörung der tropischen Regenwälder und zunehmende Wüstenbildungen betreffen	244
in ihren Folgen die gesamte Menschheit. Alle Staaten stehen in der Verantwortung,	245
dazu beizutragen, dass die Umweltbelastungen einschneidend gemindert werden.	246
Besonders skrupellos verhalten sich die multinationalen Konzerne, die stark umwelt-	247
belastende Produktionen in Länder der „Dritten Welt“ verlagern und dabei nicht ein-	248
mal minimalen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Ausmaß der globalen	249
Umweltzerstörung ist ganz wesentlich dadurch bedingt, dass das vom Imperialismus	250
ausgehende Wettrüsten gewaltige Mittel an Rohstoffen, Arbeitskräften und wissen-	251
schaftlicher Kapazität verschlingt, die dann für die Entwicklung umweltschonender	252
Techniken, für eine radikale Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden nicht	253
mehr zur Verfügung stehen.	254
	255
Wegen der zwischenstaatlichen und globalen Dimensionen der Umweltprobleme wer-	256
den koordinierte Aktivitäten in internationalem Maßstab immer dringlicher. Die Politik	257
der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist	258
so auch deshalb notwendig, um eine systemübergreifende Kooperation auf ökologi-	259
schem Gebiet zu ermöglichen. Gerade in Mitteleuropa – einer industriellen Ballungs-	260
region mit einzigartiger Konzentration von Massenvernichtungsmitteln und Militärein-	261
richtungen – sind zwischenstaatliche Vereinbarungen über vermehrten Umweltschutz	262
und deren Finanzierung durch Rüstungskürzungen besonders dringlich.	263
	264
(angenommen bei 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)	265

1 **Antrag an den 23. Parteitag der DKP**
2 **Antragsteller: Parteivorstand der DKP**

3
4

5 **Zur Organisierung der Debatte strategischer und programmatischer Fragen**

6

7 Der 23. Parteitag möge beschließen:

8

9 Der 22. Parteitag hatte beschlossen, dass auf dem 23. Parteitag „Voraussetzungen für die
10 Diskussion zur Überarbeitung des Parteiprogramms abgesteckt werden und Maßnahmen
11 entwickelt werden, damit die DKP diese Voraussetzungen erreicht.“

12

13 In zwei Arbeitsmaterialien wurden Fragestellungen und inhaltliche Schwerpunkte aufgelistet,
14 die sich aus der damaligen Debatte um den Leitantrag an den 22. Parteitags ergaben
15 und die für die Überarbeitung des Parteiprogramms als wesentlich angesehen wurden. Diese
16 bezogen sich auf Fragen der Klassenstruktur, des Klassenbewusstseins, der Funktionsweise
17 des BRD-Stamokap, die Parteikonzeption und die antimonopolistische Strategie der
18 DKP.

19

20 Der 23. Parteitag beauftragt vor diesem Hintergrund den neugewählten Parteivorstand mit
21 folgenden Aufgaben:

22

23 1. Der Parteivorstand organisiert gemäß der inhaltlichen Fragen und der Themenliste des
24 22. Parteitags sowie neuer Fragen strategisch-programmatischen Charakters die Diskussion
25 zu unter anderem folgenden Themen:

26

- 27 - Entwicklung des Imperialismus
- 28 - Funktionsweise des BRD-Stamokap
- 29 - Entwicklung der Klassenstruktur und des Klassenbewusstsein in Deutschland
- 30 - Einschätzung des sich weiterentwickelnden Charakters der EU
- 31 - Bewertung der politischen Leistungen und der Geschichte des Sozialismus im osteuropäischen
32 Raum
- 33 - Bewertung der Entwicklungen im postsowjetischen Raum und in den heutigen sozialistisch
34 orientierten Staaten
- 35 - aktuelle Bestimmung von Charakter, Aufgaben, Funktion und Struktur der marxistisch-
36 leninistischen Partei
- 37 - Unsere Zukunftsvorstellungen zur Überwindung des Kapitalismus

38

39 2. In der ersten Etappe bis zum 24. Parteitag sollen die inhaltlichen Voraussetzungen für
40 eine zentral organisierte zweite Etappe zur Überarbeitung des Parteiprogramms auf der Basis
41 des DKP-Programms von 2006 geschaffen werden. Für die erste Etappe beschließt der
42 Parteivorstand ein zentrales Bildungs-, Diskussions- und Arbeitsprogramm.

43

44 3. Für die Erarbeitung und Umsetzung dieses Programms bildet der Parteivorstand eine
45 Arbeitsgruppe.

46

47 4. Über Dauer und Aufgabenstellung der 2. Etappe zur Überarbeitung des Parteiprogramms
48 entscheidet der 24. Parteitag der DKP.

49

(angenommen bei 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

Weitere Beschlüsse zur Vorbereitung des Parteitages

Zweiter Antragsschluss zum 23. Parteitag

Für die Anträge des Parteivorstandes zur Gesundheitspolitik, zu Ökologie- und Umweltfragen und zur Überarbeitung des Parteiprogramms an den 23. Parteitag gibt es einen zweiten Antragsschluss am 17. Januar 2020. Alle drei Anträge werden von Antragskommission 2 betreut.

(angenommen bei 1 Nein-Stimme)

„Fragen zur Vorbereitung des Erfahrungsaustausches auf dem 23. Parteitag“

Der 22. Parteitag hat die Stärkung der Partei als Existenzfrage in den Mittelpunkt gerückt. Im Beschluss „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken“ haben wir darauf orientiert, organisiert um die Wiederverankerung in der Arbeiterklasse zu ringen und unsere Grundorganisationen inhaltlich und organisatorisch zu stärken.

Wir sind davon ausgegangen, dass diese Aufgabe Zeit in Anspruch nimmt. Auf dem 23. Parteitag wollen wir beginnen Bilanz zu ziehen, inwieweit diese Orientierung Früchte trägt, ob sie Bestand hat und wo sie konkretisiert oder korrigiert werden muss. Wir wollen dazu auf dem Parteitag in zwei Blöcken einen Erfahrungsaustausch organisieren.

Wir wollen diesen auf Grundlage des organisationpolitischen Referates der 10. PV-Tagung in den Grundorganisationen mit den dort gewählten Delegierten vorbereiten. Folgende Fragen sollen dabei helfen:

1. Allgemein

- 1) Hat der Beschluss „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken“ nach dem 22. Parteitag eine Rolle in der Grundorganisation/Gruppe gespielt? Habt ihr ihn in der Gruppe/Gruppenleitung bei der Erstellung eures Arbeitsplanes genutzt? Inwiefern haben die darin beschlossenen Instrumente zur Parteistärkung geholfen, die Grundorganisation/Gruppe weiter zu entwickeln?
- 2) Welche Rolle spielt die Bezirks- bzw. Landesorganisation bei der Unterstützung der Grundorganisation/Gruppe und bei der Umsetzung zentraler Beschlüsse?

2. Zur Wiederverankerung in der Arbeiterklasse

- 1) Gibt es einen Überblick über Branchen- und Gewerkschaftszugehörigkeit der Mitglieder in der Grundorganisation/Gruppe und sind deren Themen und Probleme Bestandteil der Gruppenarbeit? Hat der Bezirk/die Landesorganisation Kenntnis über die Zusammensetzung eurer Grundorganisation/Gruppe?
- 2) Wurde, wo möglich, auf die Mitarbeit in regionalen und bundesweiten

Branchentreffs und -gruppen orientiert und ist deren Arbeit in eurer Grundorganisation/Gruppe bekannt? Wird mit den Materialien des bundesweiten Branchentreffs Gesundheit, konkret mit den Gesundheitsinfos, gearbeitet?

- 3) Ist über einen kommunalen oder betrieblichen Schwerpunkt der Grundorganisation/Gruppe diskutiert worden? Wenn ja, mit welchem Ausgang?
- 4) Haben die zentralen Materialien und Arbeiten der Kommission Betrieb- und Gewerkschaft und der Bildungskommission des Parteivorstandes zum Thema eine Rolle in der Gruppe/Grundorganisation gespielt und geholfen, dem Thema Wiederverankerung in der Arbeiterklasse näher zu kommen? Ist mit der „Handlungshilfe Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der DKP“ gearbeitet worden?
- 5) Was sind Anforderungen an die Kommission B&G und deren Branchentreffs?

3. Zur Stärkung der Grundorganisationen

- 1) Hat die Kampagnen „Abrüsten statt Aufrüsten“ geholfen, DKP-Positionen in der Friedensfrage nach außen zu tragen, GenossInnen und SympathisantInnen zu aktivieren und die Arbeit der Grundorganisation/Gruppe zu stärken? Hat die Bezirks- bzw. Landesorganisation für die Kampagne eine Orientierung für die Grundorganisation/Gruppe gegeben und die Arbeit begleitet? Wurde für die Kampagne ein Arbeitsplan erstellt und ist sie in der Gruppe ausgewertet worden? (Wann) Sind Kampagnen ein geeignetes Mittel zur Stärkung der Grundorganisationen?
- 2) Hat der EU-Wahlkampf im oben genannten Sinn geholfen, die Grundorganisation/Gruppe zu stärken? Hat die Bezirks- bzw. Landesorganisation für den Wahlkampf eine Orientierung für die Grundorganisation/Gruppe gegeben und die Arbeit begleitet? Wurde für den Wahlkampf ein Arbeitsplan erstellt und ist er in der Gruppe ausgewertet worden? (Wann) Sind Wahlkämpfe ein richtiger Weg, die Partei zu stärken?
- 3) Haben die Bildungszeitungen, -materialien und -angebote geholfen, in der Gruppe kollektiv zu diskutieren und Grundlagen zu erarbeiten? Hat die Grundorganisation/Gruppe auf die Grundlagenschulungen und andere Seminare an der KLS orientiert? Mit welchen Erfahrungen? Was sind Erwartungen an die zentrale Bildungsarbeit – auch thematisch?
- 4) Helfen die Öffentlichkeitsmaterialien des Parteivorstandes, insbesondere die wöchentliche UZ und die regelmäßigen DKP-Infos? In welchem Verhältnis stehen sie zu eigenen Materialien mit kommunalen Themen? Welche Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit wird benötigt?
- 5) Welche Erfahrungen gibt es bei der Mitgliedergewinnung und der Einbildung neuer Mitglieder in die Gruppenarbeit? Stehen sie in einem Verhältnis zu dem Beschluss zur Parteistärkung des 22. Parteitages?

(einstimmig)

Arbeitsgremien für den 23. Parteitag der DKP

Tagesleitung	Patrik K. (Leiter) Peter W. Barbara M. Günter P. Ursula V. Petra W.	Ruhr Sachsen Schleswig-Holstein Ruhr Nordbayern Hessen
Wahlkommission	Klaus L. (Leiter) Peter G. Kurt B. Konni L. Gisela V.	Ruhr Hamburg Hessen Ba-Wü Brandenburg
Mandatsprüfung	Peter L. (Leiter) Ralf M. Stefan N. Lara O. Anja W. Siw M.	Rheinland Hamburg Berlin Rheinland-Pfalz Südbayern Ruhr

(einstimmig)

Vorschlag für die Tagesordnung des 23. Parteitages

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
 - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - Wahl der Parteitageleitung
 - Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
 - Beschlussfassung über die Arbeitsgremien des Parteitages
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Bestätigung der Antragskommission
 - Wahl der Wahlkommission
3. Referat an den Parteitag
 - Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
4. Diskussion zu Referat und Berichten
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Finanzbericht
 - Bericht der Revisionskommission
 - Bericht der Schiedskommission
5. Diskussion zu Erfahrungen in der B&G-Arbeit und zur Parteistärkung
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Diskussion und Beschlussfassung über Anträge an den Parteitag
8. Entlastung des Parteivorstandes und des Kassierers
9. Wahlen
 - Beschlussfassung über die Wahlordnung des Parteitages
 - Wahl der/des Parteivorsitzenden (alternativ: Sprecherin oder Sprechers)
 - Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden (alternativ: Sprecherin oder Sprecher)
 - Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
10. Bericht der Wahlkommission
11. Schlusswort

(einstimmig)

Vorschlag für den Zeitplan des 23. Parteitags

Freitag, 28. Februar 2020

- 13.30 – 15.00 Uhr: Einlass
15.00 – 15.30 Uhr: Begrüßung/Konstituierung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - Wahl der Parteitagsleitung
 - Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl der Wahlleitung
 - Bestätigung der Antragskommissionen
- 15.30 – 16.30 Uhr: Referat des Vorsitzenden
16.30 - 18.30 Uhr: Diskussion zu Referat und Berichten
18.30 – 19.30 Uhr: Abendessen
19.30 – 21.30 Uhr: Erfahrungsaustausch zur B&G-Arbeit

Samstag, 29. Februar 2020

- 09.00 – 10.45 Uhr: Erfahrungsaustausch Parteistärkung
10.45 – 11.00 Uhr: Bericht der Mandatsprüfungskommission
11.00 – 13.00 Uhr: Antragsberatung zum Leitantrag
13.00 – 14.00 Uhr: Mittagspause
14.00 – 15.00 Uhr: Antragsberatung zum Leitantrag
15.00 – 19.00 Uhr: Antragsberatung (Ostdeutschland, Gesundheit, Ökologie, Pressefest)
17.00 – 17.30 Uhr: Pause
17.30 – 19.00 Uhr: Antragsberatung (Ostdeutschland, Gesundheit, Ökologie, Pressefest)
19.00 – 20.00 Uhr: Abendessen
20.00 – 20.30 Uhr: Wahlvorschlag/Beschlussfassung über die Wahlordnung/Entlastung
20.30 – 21.30 Uhr: Wahl des/r Vorsitzenden und der stellv. Vorsitzenden

Sonntag, 1. März 2020

- 09.00 bis 11.00 Uhr: Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes
- der Zentralen Schiedskommission
 - der Zentralen Revisionskommission
- 11.00 bis 12.30 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge (Internationale Arbeit/
Parteiprogramm/ Weitere Anträge)
12.30 bis 13.30 Uhr: Mittagessen
13.30 bis 14.00 Uhr: Bericht der Wahlkommission
14.00 bis 15.00 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge (Internationale Arbeit/
Parteiprogramm/ Weitere Anträge)
15.00 bis 15.15 Uhr: Schlusswort

(einstimmig)

Vorschlag für die Geschäftsordnung des 23. Parteitages

1. Stimmberechtigt sind alle statutenmäßig gewählten ordentlichen Delegierten.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller gewählten Delegierten anwesend ist und an der Abstimmung teilnimmt.
3. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse zur Veränderung des Statuts bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten des Parteitages.
4. Rederecht haben die Delegierten. Die Redezeit beträgt 8 Minuten. In der Antragsdiskussion und beim Tagesordnungspunkt Wahlen wird die Redezeit auf 3 Minuten beschränkt.
5. Genossinnen und Genossen, die gegenüber dem Parteitag rechenschaftspflichtig sind, haben Rederecht. Sie haben kein Antrags- oder Stimmrecht.
6. Wortmeldungen werden nach dem Referat durch das Abgeben der Wortmeldungszettel bei der Parteitagsleitung angemeldet. Die Parteitagsleitung strukturiert die Folge der Redebeiträge und ruft entsprechend quotiert die RednerInnen an die Mikrofone. ErstrednerInnen kommen vor ZweitrednerInnen. RednerInnen nennen zuerst ihren Namen und ihre Grund- und Bezirksorganisation.
7. Die Parteitagsleitung kann Gästen das Wort erteilen.
8. Die Konferenzleitung kann außerhalb der Reihenfolge der RednerInnen das Wort ergreifen.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten gestellt und begründet werden, die nicht bereits zur Sache gesprochen haben. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Redeliste erteilt. Die Redezeit wird dafür auf 3 Minuten begrenzt. Es erhält einE RednerIn das Wort gegen den gestellten Antrag. Nach der Gegenrede erfolgt die direkte Abstimmung über den gestellten Antrag.
10. In der Antragsdebatte erhält zuerst die Antragskommission das Wort, um ihre Empfehlung zu begründen. Danach gibt es eine Für- und eine Gegenrede, wovon eine der Antragsteller halten kann. Von allen Delegierten kann eine zeitlich begrenzte Aussprache für einen Antrag oder für einen Block von Anträgen beantragt werden. Änderungen am Antragstext, die durch die Diskussion vor Ort entstehen, kann durch die Antragskommission aufgenommen werden. Nach Ende der Debatte kann die Antragskommission erneut das Wort ergreifen.
11. In der Beschlussfassung über die Anträge wird zuerst über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt. Bei der Beschlussfassung stehen zunächst die einzelnen Änderungsanträge, dann der gesamte (Leit-)Antrag zur Abstimmung.

12. Initiativanträge sind ausschließlich solche Anträge, die vom Antragsgegenstand her nicht zum regulären Antragschluss gestellt werden konnten. Initiativanträge können nur zur Beratung kommen, wenn sie der Konferenzleitung des Parteitages schriftlich vorgelegt werden und von mindestens 15 Delegierten unterschrieben sind. Dies gilt auch für Abänderungsanträge, die sich auf die Empfehlung der Antragskommission beziehen. Antragschluss für Initiativanträge ist Samstag, 29. Februar 2020, 11.00 Uhr.

13. Die Parteitagsleitung benennt eine/n Schriftführer/in.

14. Die Wahlen werden durch die Wahlordnung geregelt.

(einstimmig)

Vorschlag für die Wahlordnung des 23. Parteitages

1. Der Parteitag der DKP wählt in geheimer und getrennter Wahl
 - den/die Vorsitzende/n
 - die/den stellvertretende/n Vorsitzende/n
oder die Sprecherinnen und Sprecher
 - die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
 - die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
 - die Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
2. Alle Mitglieder der DKP können für den Parteivorstand, die Revisions- und Schiedskommission kandidieren. Vorschlagsrecht haben alle Organisationsgliederungen (Gruppen, Kreise, Landes- bzw. Bezirksorganisationen) der DKP, der Parteivorstand und die Delegierten. Die Vorschläge sind schriftlich bei der Wahlkommission einzureichen
3. Wahlberechtigt sind alle anwesenden ordentlichen Delegierten.
4. Die Wahlen des 23. Parteitages und die Bekanntgabe der Wahlergebnisse finden in mitgliederöffentlicher Sitzung statt.
5. Laut Statut der DKP, Artikel 13, sollen in allen gewählten Organen 50 Prozent Genossinnen vertreten sein, mindestens jedoch so viel wie der prozentuale Anteil an der Mitgliedschaft des jeweiligen Bereiches beträgt. Sollte die Mindestquotierung (37 Prozent) nicht einzuhalten sein, muss der Parteitag für die vorzunehmende Wahl mit Zweidrittelmehrheit der Delegierten des Parteitages die Aufhebung der Quotierung beschließen.
6. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Zur Durchführung der Wahl kann die Wahlkommission HelferInnen bestimmen.
7. Die Aufstellung der KandidatInnen erfolgt auf dem Parteitag, und zwar für jeden Wahlgang gesondert. Nach der Aufstellung der KandidatInnen wird die jeweilige Liste geschlossen. Die aufgestellten KandidatInnen müssen mit ihrer Kandidatur einverstanden sein. Bei nicht anwesenden GenossInnen muss eine Einverständniserklärung vorliegen.
8. Nach Aufstellung der KandidatInnen beschließt der Parteitag in offener Abstimmung die Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden bzw. Sprecherinnen und Sprecher, die Anzahl der Parteivorstandsmitglieder sowie über die Anzahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission.
9. Vorgeschlagene KandidatInnen können nur mit ihrer Zustimmung auf die Vorschlagsliste gesetzt werden. Die Erstellung des Stimmzettels erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Vorgeschlagene KandidatInnen stellen sich im Rahmen der Personaldebatte vor.
10. Die Wahlen werden mit getrennten Listen (Genossinnen und Genossen) durchgeführt.

Nicht quotiert werden die Wahlen der/des Vorsitzenden sowie der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der Sprecherinnen und Sprecher.

a) Wenn die Zahl der KandidatInnen mit der Zahl der zu wählenden GenossInnen übereinstimmt, ist wie folgt zu verfahren:

Zustimmung = **X** in den Kasten „Ja-Stimme“

Ablehnung = **X** in den Kasten „Nein-Stimme“

Zustimmung zur Gesamtliste = **X** in den in den Kasten „Ja zur Gesamtliste“

(bei dieser Variante macht jedes weitere Kreuz den Stimmzettel ungültig)

Gewählt sind KandidatInnen, sofern sie mehr als 50% der abgegebenen und gültigen Stimmen als Ja-Stimmen erhalten.

b) Wenn die Zahl der KandidatInnen die Zahl der zu vergebenden Mandate übersteigt, können auf einem Stimmzettel Ja-Stimmen höchstens in der beschlossenen Gremiengröße vergeben werden. Werden auf einem Stimmzettel mehr Ja-Stimmen vergeben, als Mandate zu vergeben sind, so ist dieser ungültig. Gewählt sind die KandidatInnen mit den meisten Ja-Stimmen. Führt eine Gleichheit an Ja-Stimmen dazu, dass über die Gremiengröße hinaus besetzt werden müsste, wird mit einer Stichwahl über den Platz entschieden (Mehrfachbesetzung der letzten zu vergebenden Mandate). Unabhängig davon muss der Anteil von Genossinnen 37 Prozent der gewählten KandidatInnen erreichen. Darüber hinaus entscheidet über die weitere Zusammensetzung die Stimmenzahl unabhängig vom Geschlecht.

11. Nach der Auszählung der Stimmen wird das Ergebnis durch die Wahlkommission unmittelbar nach jedem Wahlgang bekannt gegeben.

12. Über das Wahlergebnis wird von der Wahlkommission ein Protokoll geführt.

(einstimmig)

weitere Materialien

Strittige Fragen

Zum Tagesordnungspunkt „Strittige Fragen“ der 11. PV-Tagung trugen die Vorsitzenden Patrik Köbele und Hans-Peter Brenner sowie die Genossen Männe, G., Pablo G. und Björn S. in folgender Reihenfolge je etwa zehnmündige Statements vor, um ihre Standpunkte zu Streitfragen zu verdeutlichen.

Redebeitrag Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich will im Folgenden zu drei Komplexen argumentieren, bei denen ich mir sicher bin, dass wir relativ gravierende Meinungsunterschiede haben. Ich will trotzdem im Wesentlichen meine Positionen darstellen und nur wenig versuchen Gegenpositionen zu umreißen.

Der erste Komplex betrifft die Einschätzung von Bewegungen und von welchen Kriterien wir dabei ausgehen sollten. Ich verstehe die folgenden Kriterien dabei als Kriterien, die dialektisch zu einer Gesamteinschätzung einer Bewegung zusammengeführt werden müssen. Das sollte dann die Basis sein, um unser Verhältnis zur Bewegung, unsere Zusammenarbeit mit, unsere Mitwirkung in der Bewegung zu bestimmen.

Zu beurteilen haben wir dabei (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Wie beurteilen wir den Widerspruch, an dem sich eine Bewegung entzündet, abarbeitet und die Bedeutung die dieser Widerspruch für Situation und Perspektiven der Arbeiterklasse, der Werktätigen, der Gattung Mensch, der natürlichen Lebensgrundlagen hat.
- Wie ist die Interessenslage der Arbeiterklasse, der Werktätigen, anderer nichtmonopolistischer Schichten im Umgang mit diesem Widerspruch zu bestimmen.
- Was lässt sich zur sozialen Zusammensetzung der Bewegung sagen.
- Wie lässt sich die soziale, politische Zusammensetzung der führenden Kräfte der Bewegung einschätzen.
- Wie ist die Interessenslage des Kapitals, des Monopolkapitals, verschiedener Kapitalfraktionen im Umgang mit dieser Bewegung (dieser Aspekt ist wichtig, wird aber m.E. von anderen Genossinnen und Genossen im Umgang mit Bewegungen, z.B. der Bewegung „Fridays for future“ überbetont, bzw. sogar als relativ einziges Kriterium der Beurteilung einer Bewegung gesehen)
- welche Ansatzpunkte bietet die Bewegung für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie
- welche Ansatzpunkte bietet die Bewegung für die Verbreitung sozialistischen Klassenbewusstseins
- welche Bedeutung hat die Bewegung bzw. unsere Engagement für unsere sonstige

Aktionseinheits- (Formierung der Arbeiterklasse) und Bündnispolitik (antimonopolistische Bündnisse).

Ich könnte das jetzt auf unsere Diskussion zur Klima-, zur Ökologiebewegung, zu „Fridays for future“ herunterbrechen, lasse das aber aus Zeitgründen.

Der zweite Komplex, den ich hier anführen will, ist die Frage der Widerspruchsverarbeitung im Bewusstsein der Arbeiterklasse.

Die Verarbeitung realer Widersprüche führt im Bewusstsein der Arbeiterklasse zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen. Das können fortschrittliche Konsequenzen, aber auch reaktionäre sein. Nicht selten treffen wir auf eine Mischung von Beidem, also auf eine äußerst widersprüchliche Situation im Bewusstsein vieler Kolleginnen und Kollegen.

Ich nenne einige Beispiele:

- das Erkennen, dass Flucht und Migration zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten benutzt werden, führt vielfach zu Bewusstsein, dass ich tatsächlich für rassistisch oder nationalistisch halte.
- das Erkennen, dass die Ökologiefrage benutzt wird um Kapitalverwertung zu sichern (CO2-Bepreisung, Umrüstung auf E-Autos), führt zu falschen Widersprüchen (Was interessiert mich das Ende der Welt, ich habe das Problem des Ende des Monats)
- das Erkennen, dass offene Grenzen für eine Kapitalstrategie missbraucht werden, führt zur Propagierung einer anderen Kapitalstrategie: „Wir müssen unsere Grenzen dichtmachen“. Die eine Kapitalfraktion hat Interesse an der Erhöhung des massenbasierten Konkurrenzdrucks, die andere setzt eher auf die Selektion an der Grenze nach direkter Verwertbarkeit (Greencard etc.)

Diese komplizierte und in sich selbst widersprüchliche Widerspruchsverarbeitung ist nicht verwunderlich und sie hängt in großem Maßstab vom gesellschaftlichen Klima, der Hegemonie in den (im Wesentlichen dem Kapital gehörenden) Medien und der Stärke antikapitalistischer Kräfte, der kommunistischen Partei ab.

Das heißt aber auch, dass wir keinesfalls in eine Situation verfallen dürfen, dass wir falschem, reaktionärem Bewusstsein opportunistisch begegnen dürfen. Das heißt andererseits natürlich auch, dass wir Kolleginnen und Kollegen, die reaktionäres Zeug denken, plappern nicht vorschnell verloren geben dürfen. Es heißt wir müssen mit ihnen in die Auseinandersetzung gehen.

Der dritte Komplex, zu dem ich argumentieren will, ist die nationale Frage. Auch sie kann ja zu widersprüchlicher Bewusstseinsentwicklung führen. So kann die Erkenntnis der kriegstreiberischen Rolle des US-Imperialismus und der NATO ja durchaus dazu führen, dass der deutsche Imperialismus in seiner Gefährlichkeit unterschätzt wird. Umgekehrt kann der undialektische Umgang mit der Losung „der Hauptfeind steht im eigenen Land“ dazu führen vom notwendigen Kampf gegen die Hauptkriegsgefahr, die vom US-Imperialismus und der NATO (deren Teil der deutsche Imperialismus ist und in der er bewusst die Rolle des Juniorpartners des US-Imperialismus übernimmt) abzulenken.

Diese Fehler kommen auch daher, dass die Rolle des deutschen Imperialismus tatsächlich eine komplexe ist und sich dadurch auch die nationale Frage bezüglich der deutschen Nation kompliziert darstellt.

Voranstellen möchte ich hier die Bemerkung, dass Staat und Nation keinesfalls dasselbe sind. Der Staat ist als Institution immer ein Instrument der herrschenden Klasse, während die Nation ein wesentlich widersprüchlicheres Gebilde ist. Die Funktion der Nation im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess besteht darin, durch den Zusammenschluss großer Menschengruppen mittels nationaler Beziehungen eine Form des Zusammenwirkens der Menschen zu schaffen, in deren Rahmen sich Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, aber auch Kultur, Wissenschaft und Technik entfalten können und sich geschichtliche Prozesse niederschlagen. Da die bürgerliche Gesellschaft immer mindestens in eine ausbeutende und eine ausgebeutete Klasse gespalten ist, spricht Lenin davon, dass in einer bürgerlichen Nation immer zwei Nationen vorhanden sind.[1]

Beim deutschen Imperialismus kommt hinzu, dass er einerseits ein starker, ein unterdrückender Imperialismus, dieser Charakter wird z.B. innerhalb der EU und dort besonders im Umgang mit schwachen Ökonomien (z.B. Griechenland) deutlich. Andererseits ordnet er sich derzeit (noch) bewusst den Führungsansprüchen des US-Imperialismus unter, gibt in begrenztem Umfang sogar Souveränitätsrechte ab (z.B. Büchel oder NATO). In größerem Umfang gibt er Souveränitätsrechte an die EU ab, natürlich auch, weil sie unter deutscher Führung steht. Damit lässt sich dann auch gut ein Gegnerbezug verschleiern, wie oft hört man z.B. in der Kommunalpolitik „würden wir ja gerne, aber das EU-Recht“.

Diese „Zwitterrolle“ ist aber z.B. völlig anders, als es geschichtlich gesehen die Rolle des deutschen Imperialismus nach der Niederlage im ersten Weltkrieg war. Der Versailler Vertrag war tatsächlich ein Diktat der imperialistischen Sieger, dessen Folgen von der deutschen herrschenden Klasse auf die Werktätigen in Deutschland abgewälzt wurden. Damals war es richtig und gerechtfertigt, dass die KPD ein Programm zur sozialen und nationalen Befreiung vorlegte. Dies verbietet sich heute, auch im Angesicht, der von der herrschenden Klasse bewusst abgegebenen Souveränitätsrechte an EU, US-Imperialismus und NATO. Heute würde dies eher die Bestrebungen der deutschen herrschenden Klasse bzw. einflussreicher Kapitalfraktionen unterstützen, den deutschen Imperialismus zu stärken, um ihn perspektivisch zu einem gleichwertigen Konkurrenten mit anderen Imperialismen zu machen.

[1] Vgl Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1978, S. 597 ff

Redebeitrag Männe G., Mitglied des Sekretariates des DKP- Parteivorstands

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich will zu Beginn anmerken:

1. Ich werde Euch heute meine Positionen zu Fragen darlegen, bei denen es einen Dissens in der Partei gibt, der nicht nur in der Parteileitung, sondern in allen Gliederungen der Partei diskutiert wird. Ich werde meine Meinung zu diesen Fragen darstellen. Ich werde nicht die Positionen anderer Genossen – ablehnend oder zustimmend – referieren.
2. Ich glaube, dass es hier heute nicht um mehr als ein Informieren über Standpunkte gehen kann. Das ersetzt eine fortzuführende Diskussion nicht, zu der ich selbstverständlich bereit bin und sie für sehr sinnvoll erachte.
3. Meine Fragen beziehen sich auf die konkrete Anwendung der antimonopolistischen Strategie auf aktuelle Entwicklungen. Diese Fragen halte ich für überaus wichtig – Aber gleichzeitig ist auch klar: Ich führe diese Diskussion in Übereinstimmung mit der antimonopolistischen Programmatik der Partei – auch in Übereinstimmung mit Beschlüssen des 22. Parteitages – und auch in Übereinstimmung mit dem Leitantrag an den kommenden 23. Parteitag.

Nun aber zu den m. E. strittigen Fragen. Meine Darstellung ist eine Momentaufnahme und ich erhebe damit nicht den Anspruch, das Wesen der Differenzen zu erfassen, noch sie vollständig aufzulisten. Zu komprimierter Wiedergabe aufgrund meiner Redezeit, werden ich meine Standpunkte in Thesenform darstellen.

These 1: Eine zentrale reaktionäre Ideologie, die in der momentanen Etappe die Tendenz zur Reaktion und Aggression des Monopolkapitals am besten entspricht, ist in Deutschland eine spezifische Form des Nationalismus: der Kosmopolitismus in einer zeitgemäßen Version. Es ist nicht der völkische Nationalismus.

Zur Erläuterung zunächst eine Definition des Begriffs „Kosmopolitismus“. Dazu das Kleine Politische Wörterbuch: K. sind „Anschauungen über die Nation (...), nach denen die Nation eine überlebte Erscheinung sei und durch übernationale Zusammenschlüsse ersetzt werden müsse. (...) In der Gegenwart ist er zu einer reaktionären Ideologie geworden, die dem Imperialismus als Mittel dient, andere Nationen unter dem Aushängeschild der Integration zu unterdrücken und auszubeuten.“ Auf dieser Grundlage dient Kosmopolitismus „den mächtigsten imperialistischen Staaten dazu, ihre Weltherrschaftsansprüche zu begründen. Insofern erweist sich der Kosmopolitismus als eine besondere, verschleierte Form des Nationalismus“. Mit dieser Definition dürfte wohl deutlich werden, wo wir auf diese Form des Nationalismus stoßen: Im EU-Chauvinismus, der für den deutschen Imperialismus ein zentrales ideologisches Moment nach außen und vor allem innen ist, um die Unterdrückung und Ausplünderung anderer Nationen und seiner Bevölkerung in Europa zu rechtfertigen. Es ist eine Fehleinschätzung zu meinen, Nationalismus in seiner völkischen Ausprägung sei im Moment die Hauptgefahr oder auch

nur die reaktionärste Form, die in Deutschland droht. Die Gefahr einer Ideologie für einen weiteren reaktionären Vormarsch lässt sich eben nur daran ablesen, in wie weit diese für die reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie heute geeignet ist, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung breiter Bevölkerungsteile zu intensivieren und sowie alle Kräfte innen wie außen militärisch zu unterdrücken, die diesen Interessen entgegenwirken.

These 2: Nach der Konterrevolution hat sich eine spezifische Form der „antifaschistischen“ Demagogie als reaktionäre Ideologie der Monopoloffensive in Deutschland herausgebildet und ist zu einer Ideologie zur aktuellen Herrschaftssicherung geworden.

Dass der völkische Nationalismus derzeit nicht die entscheidende reaktionäre ideologische Form des Nationalismus ist, heißt das nicht, dass er keine Rolle spielt (nicht nur in der Ukraine beim faschistischen Putsch). Auch in Deutschland hat sich seit der Konterrevolution eine historisch bedingte besondere Form der Demagogie als herrschende Ideologie herausgebildet, die sich die Diskreditierung des deutschen Faschismus durch seine Ideologie, seine Methoden und Verbrechen unter breiten Bevölkerungsteilen zunutze macht, im Deckmantel des Antifaschismus eine Massenbasis für eine weitere ungehinderte Monopoloffensive zu formieren. Dafür sind natürlich auch politische Akteure nützlich, wie sie auch in der AfD zu finden sind, die einer Blut-und-Boden-Ideologie anhängen (und vorher die CDU als ihre politische Heimat ansahen). Sie haben sozusagen eine „Handpuppen-Funktion“, um antifaschistisches Potenzial in der Bevölkerung nutzbar zu machen für Monopolinteressen. Ein aktuelles Beispiel dazu aus meiner Region: Dort hat ein Bündnis namens „Brandenburg ist mehr“ in Wildau gegen die AfD im Wahlkampf u.a. mit diesen Argumenten auf ihrer Webseite agitiert: „Sie (die AfD – Anm. d. A.) verteufeln eine gemeinsame Politik, welche den innereuropäischen Frieden seit Jahrzehnten sichert und offene Grenzen für Studium, Arbeit und Urlaub schafft. (...) Wahrscheinlich wäre es ihnen am liebsten, wenn Deutschland aus der EU austritt. Wie praktikabel dieser Schritt ist, kann man am Beispiel Großbritanniens beobachten.“ Was passiert also derzeit? Der „Kampf gegen rechts“ ist im Kern ein Kampf für die Rechtfertigung der EU als Herrschaftsinstrument der deutschen Monopolbourgeoisie in Europa – übrigens auch gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichtet. Dass die AfD als Partei der Monopolbourgeoisie selbst auch nicht gegen die EU ist, tritt dabei völlig in den Hintergrund. Diese Ideologie nenne ich „antifaschistische Demagogie“ und sie hat ihren ersten Durchbruch erzielt mit der Rechtfertigung des ersten deutschen Waffengangs nach 45 unter der Parole „Nie wieder Auschwitz!“ im NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Ihr Kern bildet eine Antitotalitarismus-Doktrin – also Antikommunismus, der sich nicht zuletzt gegen uns als Kommunistische Partei richtet.

These 3: Die Erschließung breiter Wählerschaften in der Arbeiterklasse – auch unter gewerkschaftlich organisierten Teilen – durch die AfD ist kein Ausdruck eines wachsenden Chauvinismus oder Rassismus im Bewusstsein der Arbeiterklasse. Gleichzeitig ist das Wahlverhalten der Klasse aber das Ergebnis eines Versagens der Arbeiterbewegung und demokratischer Kräfte, die zentralen Angriffe gegen die Arbeiterklasse und Werktätigen auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene adäquat zu erfassen und daraus einen Abwehrkampf abzuleiten.

Dass große Teile der AfD-Wählerschaft mittlerweile zur Arbeiterklasse zählen ist nur zu verstehen, wenn wir uns vor Augen führen, wo die Linke in den letzten Jahren versagt hat bei der Formierung von Widerstand gegen die Monopoloftensive. Sie hat versagt, den Kampf um die Verelendung breiter Teile der Werktätigen aufzunehmen bzw. hat als rot-grüne Bundesregierung die Angriffe gegen die sozialen Rechte der Arbeiterklasse sogar angeführt – auf Landesebene wie in Berlin auch die Partei Die Linke. Linke Kräfte haben versagt bzw. aufgegeben, den Kampf um die Interessen der Menschen auf dem Gebiet der DDR zu führen – DAS Hauptthema der AfD bei den ostdeutschen Wahlkämpfen (nicht das Thema „Flüchtlinge“). Sie haben versagt, der Hetze gegen Russland durch die NATO-hörige Bewusstseinsindustrie konsequent entgegenzutreten – ein neuralgischer Punkt hier: der faschistische Putsch in der Ukraine, aus denen die Montagsmahnwachen entstanden. Die AfD brauchte nur sagen: „Na ja, reden muss man mit Russland schon ...“ – und hatte die Sympathien auf ihrer Seite. Die Linke hat nicht zuletzt versagt bei dem Missbrauch von Flüchtlingen im großen Maßstab zur Destabilisierung der Herkunftsländer wie Syrien und dem Missbrauch von Migranten (z.B. aus der EU) bei der Aufrechterhaltung von Extra-Profiten (z.B. in der Pflege).

Im Gegenteil haben Teile der Linken jeden unter „Nazi“-Verdacht gestellt, der sich zu kritisch zu Merkels Flüchtlingspolitik äußerte oder die USA als Kriegstreiber ihres Erachtens zu sehr in den Fokus rückte. Damit trieb man Teile der Arbeiterklasse förmlich zur AfD. Dabei zum Wesen der Sache zu erklären, dass Teile der Klasse natürlich Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit pflegen, ist einer Verabschiedung von jeglicher materialistischer Gesellschaftsauffassung.

These 4: Bewegungen wie „Fridays for Future“ sind geeignete Bewegungen, die reaktionären Interessen der Monopolbourgeoisie aktuell durchzusetzen. Um auf diese Bewegungen bzw. ihre (jungen) Teilnehmer einzuwirken, muss eine antimonopolistische Abwehrfront aufgebaut sein, die im GEGENSATZ zur antiproletarischen Schlagrichtung der Klimaschutzbewegung die grüne Monopoloftensive gegen die Arbeiter und Werktätigen abwehrt.

Ich habe hier nicht die Redezeit für eine ausgefeilte Belegebene, deswegen stelle ich nur fest: Das Hauptproblem der Monopolbourgeoisie aller führenden imperialistischen Mächte ist derzeit der Widerspruch, zwanghaft steigende Profitraten (nicht nur einfach Profite!) zu erzielen, während gleichzeitig die Anlagensphären dafür schwinden aufgrund begrenzter Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft. Fernab jeder Diskussion um das Für und Wider des Klimaschutzes ist mit dem Klimapakete der Bundesregierung deutlich geworden: Es handelt sich um einen staatsmonopolistischen Eingriff in Form eines Investitionsprogramms zur Schaffung von Anlagensphären für die Finanzoligarchie – finanziert durch die forcierte Ausplünderung der Werktätigen u.a. in Form der CO₂-Bepreisung. Auf keinen Fall geht es dabei um eine CO₂-Senkung, wie ein Blick auf die E-Mobilität zeigt, noch um Umweltschutz oder ähnliches. Eine Bewegung wie FFF ist dabei daran zu messen, in wie weit sie sich diesem Kern des Klimapakets entgegenstellt oder nicht – und zwar ganz konkret. Es hilft da nicht weiter, wenn sich Träger der Bewegung als links oder Antikapitalisten begreifen, aber gleichzeitig wie der Pressesprecher von FFF beim letzten „globalen Klimastreik“ im Deutschlandfunk sagen: Das Klimapakete ist abzulehnen, weil die CO₂-Bepreisung bei mindestens 180 Euro pro Tonne liegen müsste. Dabei steht außer

Frage, das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung – auch der Arbeiterklasse – ausgenutzt wird, um es für Monopolinteressen nutzbar zu machen. Aber zu meinen, diese grüne Monopoloftensive sei abzuwehren durch eine „Umorientierung“ bei FFF, ist nicht nur eine Überschätzung der eigenen Kraft als DKP, sondern verkennt auch die antiproletarische Schlagrichtung von FFF, die durch Erwachsene auf Rechnung des Staates der Monopole – wie das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung – gezielt in FFF hineingetragen wurde via „Scientists for Future“.

Heißt das, wir sollten nicht mit den jungen Angehörigen der gehobenen Mittelschichten (was soziologische Studien aufzeigen) bei FFF diskutieren und dafür zu den Protesten hingehen? Keineswegs. Aber diese Aufgabe ersetzt nicht die Formierung von Widerstand gegen einen Angriff auf die sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen im Namen des Klimaschutzes – außerhalb von FFF.

These 5: Unterschiedliche und konträre Positionen zu den genannten Thesen müssen in der Partei weiter diskutiert werden. Sie werden auf keinen Fall durch das Beschließen vermeintlicher oder tatsächlicher naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und daraus abgeleiteten Bekenntnissen pro oder Kontra eines „menschengemachten Klimawandels“ zur Klärung geführt. Und sie werden auch nicht entschieden, wenn wir bei der Bewertung einer faschistischen Gefahr dem Denken und Fühlen der Werktätigen Rassismus-Noten ausstellen im Adorno-Stil, deren Kriterien uns die Apologeten des Imperialismus vorgeben. Die Diskussion muss stattdessen entlang der konkret gemachten politischen Kampferfahrungen der Partei und der Arbeiterklasse sowie der genauen Bestimmung der Interessen der entscheidenden Teile des Gegners in den aktuellen Klassenkämpfen geführt werden – und diese Erfahrungen müssen wir theoretisch reflektieren.

In diesem Sinne bin ich auch für deutliche Kritik, wenn sie Klarheit erzeugt. Hüten sollten wir uns allerdings davor, diese Diskussion mit der Brechstange zu führen und per Kampf Abstimmung zu klären. Und wir sollten uns dabei auch davor hüten, die Spaltung, die der Klassengegner derzeit perfekt betreibt, um seine labile Massenbasis zu erhalten, in unserer Partei zu reproduzieren.

Redebeitrag Pablo G., Mitglied des DKP-Parteivorstandes und dessen Bildungskommission

Ich spreche zu zwei Hauptpunkten, die aber ineinander übergehen und zusammengehören:

- Die Charakterisierung der AfD
- Die Formierung der Gesellschaft im Interesse des Monopolkapitals

Charakterisierung der AfD

- In welcher Situation befinden wir uns? Spätestens mit den Bundestagswahlen 2017 ist deutlich geworden, dass sich die großen Volksparteien SPD und CDU/CSU in einer Krise befinden. Diese Krise kommt zum Ausdruck im Niedergang der SPD und dem Wählerverlust von CDU/CSU, sowie in der Etablierung der AfD als einem festen Bestandteil des deutschen Parteienlandschaft.
- Die AfD ist einerseits eine bürgerliche Partei, deren Personal sich aus den ideologisch weit rechts befindlichen Teilen der CDU rekrutiert hat (so Alexander Gauland, der in der Hessen-CDU dem sog. Stahlhelm-Flügel angehörte). Sie hat es aber andererseits geschafft, sich gegenüber Wählern aus der Arbeiterklasse als eine soziale und auch demokratische Alternative darzustellen und so nicht nur Wähler der CDU, sondern auch Wähler aus traditionell linken Parteien angesprochen, im Westen der SPD, im Osten der Linkspartei.
- Der AfD kann sich als soziale und demokratische Kraft darstellen, obwohl das ihr Programm und Personal nicht hergibt.
- * Sozial, weil sich die AfD in der sog. Flüchtlingskrise als einzige Oppositionskraft aufgetreten ist, die von einem großen Teil der Bevölkerung zu Recht als verlogen und moralinsauer empfunden wird.
- * Denn auch gesellschaftliche Fragen wie die Aufnahme von Flüchtlingen setzen nicht den Klassenkampf außer Kraft. Zum Beispiel: Sollen etwa Geringverdiener durch höhere Mietpreise bezahlen, die entstehen müssen, wenn kein sozialer Wohnungsbau betrieben wird, aber mehr Menschen untergebracht werden müssen?
- * Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, dass das Programm der AfD gar kein Lösung, wie z.B. ein soziales Wohnungsbauprogramm hergibt. Sie ist aber die einzige Partei, die - durchaus aus Berechnung - in einer von Tabus geprägten Debatte, als Tabubrecherin auftritt.
- * Tatsächlich gilt das für viele Themenfelder die AfD: Obwohl sie programmatisch ein klares Bekenntnis zur NATO hat, wird sie von den links-liberalen Leitmedien als Russlandfreundin aufgebauscht. Obwohl sie sich im Grundsatz für den Vertrag von Maastricht und einer neoliberalen europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik ausspricht, wird sie von SPD, GRÜNEN und LINKE als "Europagegnerin" titulierte. Obwohl die neoliberale Wirtschaftspolitik der AfD erhebliche Konsequenzen für Kleinbetriebe und Selbstständige hätte, kann sie sich mit der Parole "Rettet den Diesel" als Vertreterin der Pendler und kleinen Handwerker präsentieren.

- Ich fasse zusammen:

1. Die Wahlerfolge der AfD sind nicht Ausdruck eines gewachsenen rassistischen Potentials in der Bevölkerung[1], sondern sie haben ihre Wurzel in einer Vertrauenskrise der Parteien der großen Koalition und die Politik des Monopolkapitals, in anderen Worten: Sie kennzeichnen einen Riss der neoliberalen Hegemonie
2. Sie sind Ausdruck einer Repräsentanzkrise in dem Sinne, dass sich größere Teile ehemaliger SPD- und LINKE-Wähler nicht mehr von diesen Parteien vertreten sehen.

- Die aktuelle DKP Bildungszeitung und auch Patrik kommen indes zu einem anderen Ergebnis.

- * In der Bildungszeitung werden die rechten Wahlerfolge einerseits recht pauschal als eine „Regression“ vormaligen sozialdemokratischen Bewusstseins beschrieben und mit den partikularinteressen der Arbeiteraristokratie in Verbindung gebracht.
- *In seinem Referat hat Patrik ebenso stark hervorgehoben, dass die Verarbeitung realer Widersprüche im Bewusstsein der Arbeiterklasse „vielfach zu einem Bewusstsein führt“, das rassistisch oder nationalistisch sei.
- * Ich sage hingegen, hier rufen Menschen nach der Schutzfunktion des Sozialstaates, der ihnen im Zuge der radikalen neoliberalen „Reformen“ verloren gegangen ist. Daraus folgt zumeist noch kein organisierter Klassenkampf, es ist auch kein sozialistisches Klassenbewusstsein.
- * Obwohl auch das nicht in Stein gemeißelt ist. Risse in der neoliberalen Hegemonie können sich auch in spontanem Protest mit politischen Forderungen artikulieren, wie wir es zum Beispiel während der Ukraine-Krise erlebt haben.
- * In jedem Fall bietet es unter den gegebenen Bedingungen klare Anknüpfungspunkte für eine antimonopolistische Strategie.

Formierung im Interesse des Monopolkapitals

- Das alles ändert nichts daran, dass die AfD eine bürgerliche Partei ist. Wäre sie Teil einer Bundesregierung, würde sie eine bürgerliche Politik machen, die für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten spürbar negative Auswirkungen hätte.
- Auf Grund der oben beschriebenen Rolle ist die AfD aber für das Monopolkapital gegenwärtig nicht die bevorzugte Option, sondern ein Unsicherheitsfaktor. Das Monopolkapital hat vielmehr Interesse an Mehrheiten, die es ihr ermöglichen, eine Offensive gegen die Arbeiterklasse und andere nicht-monopolistischen Teile der Bevölkerung durzusetzen: zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und zur Gewährleistung außenpolitischer Kontinuität, um in und mit der NATO den Zugang zu den Märkten dieser Welt zu sichern.
- Das ist eine andere Einschätzung, als Patrik sie in seinem Referat gegeben hat. Patrik hat zB in der Frage „offene Grenzen“ von zwei unterschiedlichen Kapitalstrategien gesprochen, die unterschiedlichen Kapitalfraktionen entsprechen.
- Ich hingegen halte das für eine Überschätzung von verschiedenen Interessenlagen

innerhalb des Monopolkapitals und Kaptialfraktionen, die sich wechselseitig organisiert bekämpften, für empirisch nicht belegt[2].

- Wie gelingt es denn dem Monopolkapital, trotz Risse in der neoliberalen Hegemonie, eine Formierung der Gesellschaft in ihrem Interesse zu erreichen? Ich möchte das einmal am vergangenen EU-Wahlkampf festmachen.

* Im Vorfeld der EU-Wahlen haben wir eine breit angelegte Kampagne erlebt, die den Kampf gegen vermeintliche "Nationalisten" und "Populisten" in den Vordergrund gestellt hat. Träger dieser Kampagne waren einerseits die Medien, von der links-liberalen Süddeutschen Zeitung bis zur BILD-Zeitung. Andererseits haben sich im Bundestag vertretenen Parteien, einschließlich der PDL, ausgenommen der AfD, entsprechend positioniert.

* Wichtiger waren aber die außerparlamentarischen Unterstützer. Der BDI warb für ein geeintes Europa, auch der DGB ist mit seinen Kundgebungen zum 1. Mai unter dem Motto "Europa. Jetzt aber richtig!" auf diese Kampagne eingestiegen. Daneben gab es größere „#unteilbar“-Demonstrationen, unterstützt von SPD und Grünen, die sich "Gegen Rechts" richteten, und den Versuch, die pro-europäischen Bürgerinitiative "Pulse of Europe" zu reaktivieren.

* Was wir dort erleben konnten, ist die Formierung der Gesellschaft im Sinne des Monopolkapitals: Große Teile der Bevölkerung, einschließlich der Gewerkschaften wurden in die anti-demokratische und anti-soziale Politik der Herrschenden, wofür die EU steht, integriert. Sie rückte zugleich zur Einschränkung der hemmungslosen Konkurrenz auf dem EU-Binnenmarkt, der Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit und weitere antimonopolistische Forderungen, in eine rechte und reaktionäre Ecke.

* Das bringt mich zu meinem letzten Punkt, der Klimabewegung. Patrik hat eingewandt, dass andere Genossinnen und Genossen im Umgang mit Bewegungen die Interessenlage des Monopolkapitals überbetonen oder „sogar als relativ einziges Kriterium der Beurteilung einer Bewegung ansehen“. Ich möchte demgegenüber einwenden, dass ein besonderer Fokus auf diese Frage erstmal wichtig ist, um diese Bewegung strategisch einzuschätzen; erst auf dieser Grundlage ist es möglich, dieser Bewegung auch taktisch zu begegnen.

* Meine strategische Einschätzung dieser Bewegung lautet: Unabhängig von den Motiven der Teilnehmer von FFF sind die Forderungen der Bewegung mit der gegenwärtigen Offensive des Kapitals voll kompatibel.

* Die Offensive besteht zum Einen in einem massiven Arbeitsplatzabbau gerade in den Branchen, die CO2-Intensiv sind. Wir haben dazu gestern im PV-Referat von Patrik schlaglichtartig etwas gehört, und ich kann es hier auch nur grob umreißen. Wir haben es mit massiven Angriffen auf die Beschäftigten zu tun, insbesondere im produzierenden Gewerbe, der Automobilindustrie und den Automobilzulieferern, die hunderte von Betrieben und hundertausende Beschäftigte direkt oder indirekt betrifft. Von diesen Angriffen sind ganze Regionen betroffen. In der gegenwärtigen Situation geht es nicht um den Rückbau der CO2-intensiven Produktion zugunsten von CO2-Neutralität. Es geht um

das direkte Gegenteil, einen Abwehrkampf um Erhalt der Produktion und perspektivisch sogar um eine Reindustrialisierung, zum Beispiel auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

* Wir haben zum Anderen gehört, dass die Industrie sich für massive Investitionen in sog. Zukunftsbereiche ausspricht, zum Beispiel die Elektromobilität. Woher werden die Mittel dafür kommen? Zum Beispiel durch Erhöhung der Massensteuern, wie sie im Klimapaket der Bundesregierung beschlossen worden sind. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal in Erinnerung rufen, dass die CO₂-Bepreisung eine der wichtigsten Forderungen der FFF-Bewegung darstellt, und dass FFF Deutschland die Bundesregierung dafür kritisiert hat, die CO₂-Bepreisung falle zu niedrig aus.

- Ich halte aus den genannten Gründen die Mobilisierung der DKP zu FFF für unangemessen und nicht orientierend. Sie spiegelt aus meiner Sicht ein Einschätzung der Situation wider, die das Ausmaß der Offensive des Monopolkapitals und auch ihren Inhalt dramatisch unterschätzt.

* Die Orientierung breiterer Teile linker Organisationen und von Gewerkschaften auf die Klimabewegung halte ich für einen weiteren Schritt in einer immer länger werdenden Reihe von Fehleinschätzungen, die dazu führen werden, dass sich immer wachsende Teile der Bevölkerung sich von ihnen nicht mehr vertreten fühlen.

- Ich muss selbstkritisch einräumen, dass ich die Unterschiede in den Einschätzungen im Verlauf der Legislaturperiode nicht in diesem Umfang erkannt habe. Ich habe vielmehr versucht, auf Grundlage der Zusagen, die ich in der Personaldebatte gegeben habe, produktiv im Vorstand mitzuarbeiten. Ich habe mich dabei hier und da auch in Einzelaufgaben verzettelt und inhaltliche Debatten an mir vorbeiziehen lassen.
- Für mich ist daher der Schritt, nicht mehr für den PV mitzuarbeiten, eine Art Befreiungsschlag. Ich sage: Auf dieser Grundlage kann und will ich nicht mehr im Vorstand unserer Partei weiterarbeiten. Ich werde aber in meinem Bezirk und meiner Gruppe weiterarbeiten und stelle mich auch der Debatte um die aufgeworfenen inhaltlichen Punkte.

[1]Es fehlte mir hier der Raum für eine ausführliche Begründung. Im ungekürzten Manuskript führte ich u.A. noch aus: „So meinte 2017 immerhin jeder zweite AfD-Wähler, dass die Partei sich nicht deutlich genug von rechtsextremen Positionen distanzieren“.

[2]Diesen Punkt habe ich auf der PV-Tagung spontan aufgegriffen. Er ist wichtig, um zu unterscheiden, welche Forderungen eine bürgerliche Partei wie die AfD zu demagogischen Zwecken aufstellt, und welche Forderungen materiellen Interessen von Teilen des Monopolkapitals entsprechen, die ggf. auch gegen widersprechende Teile des Monopolkapitals durchgesetzt werden. Im Verlauf der Debatte auf der PV-Tagung wurde jedoch klar, dass der Begriff der Kapitalfraktionen von Genossinnen und Genossen unterschiedlich verstanden und benutzt wird. Eine Genossin machte den Vorschlag, stattdessen von verschiedenen Herrschaftsvarianten des Monopolkapitals zu sprechen.

Björn S., Mitglied des Sekretariates des DKP-Parteivorstands

Meine Sichtweise auf die Differenzen innerhalb des Sekretariats

Die Differenzen innerhalb des Sekretariats haben mehrere Facetten, auf die ich hier aus Zeitgründen nicht vollständig eingehen kann. Aus meiner Sicht ist die Einschätzung der derzeitigen Klimabewegung ein zentraler Punkt, auf den ich mich an dieser Stelle beschränken möchte.

Wenn es um die Einschätzung neuer politischer Fragen und Bewegungen geht, haben uns die Klassiker umfangreiche Werkzeuge hinterlassen, deren Benutzung uns vor schwerwiegenden Fehlern bewahren kann. Das Vorgehen von Marx und Engels im Manifest ist beispielhaft: Zunächst analysieren sie die Bourgeoisie, die herrschende Klasse: Sowohl was ihre geschichtliche Rolle betrifft, als auch ihr Verhältnis zu Produktivkräften, zum Produktionsverhältnis und zum Proletariat. Erst nachdem dieser Rahmen des Klassenkampfes und der Rolle der Kommunisten darin aufgespannt ist, wenden sie sich den damals linken kleinbürgerlichen Strömungen und Bewegungen zu und bestimmen deren Rolle im Verhältnis zu Bourgeoisie und Proletariat. Ich halte diese Vorgehensweise deshalb für notwendig, weil Bewegungen weder nach fortschrittlich scheinenden Losungen, Symbolen und Aktionen beurteilt werden können, noch nach dem, wie sie sich selber sehen. Die Klimabewegung mit FfF als ihrem Kern kann nur danach beurteilt werden, wie sie sich einordnet in den Kampf des Monopolkapitals gegen die Werktätigen und deren Gegenwehr.

Was kennzeichnet die derzeitige Monopoloftensive? Einer ihrer Charakterzüge ist die fieberhafte Suche nach neuen Anlagesphären, die dem Fall der Profitraten angesichts der drohenden Krise entgegenwirken bzw. diese steigern können. Das sind Bereiche, die bislang aus Sicht des Kapitals nur ungenügend für die Verwertung erschlossen sind. Z.B. Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und das Gesundheitswesen, Länder, die dem Kapitalexport des Imperialismus Bedingungen stellen (Bolivien), neu zu schaffende Spekulationssphären usw. Ein entscheidender Bereich ist der sog. grüne Kapitalismus. Ich will mich jetzt nicht damit aufhalten, aufzuzeigen, dass es einen Kapitalismus mit einem grundsätzlich anderen Mensch-Natur-Verhältnis nicht geben kann. Der grüne Kapitalismus ist primär keine Ideologie, sondern ein gigantischer politisch-ökonomischer Umbau der monopolkapitalistischen Länder zur Hebung der Profitrate. In den USA ist eines seiner zentralen Projekte als „Green New Deal“ bekannt. Bestandteile sind massive öffentliche Investitionen zur sog. Dekarbonisierung, also Umbau der Industrien auf CO₂-ärmere Produktion, Schaffung neuer Wertpapiere und Zertifikate an den Börsen, Verlagerung sog. dreckiger Industrien, Umschichtung von Kapital in sog. grüne Anlageobjekte und Industrien. Maßstab ist dabei keineswegs der Umweltschutz sondern der Profit. All dies ist gut dokumentiert und belegt. Als Beispiele möchte ich hier nur folgende nennen: Blackrock legte letztes Jahr erneut einen Fonds für Klimaschutz auf – diesmal mit deutscher und französischer Hilfe. Es ist eine Kooperation in großem Stil: Die Bundesregierung und der französische Staat lancieren mit dem US-Vermögensverwalter einen Fonds für den Klimaschutz. Ziel ist die Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in den Klimaschutz. Macron: „Wir müssen ein Drittel der weltweiten Investments umlenken um

den Klimaschutz zu finanzieren“. So viel zur Illustration der Größenordnung, mit der wir es hier zu tun haben. Als Blaupause dient ein Blackrock-Fonds, der 2017 aufgelegt wurde. Der „Global Renewable Power II“ sammelte bei 67 institutionellen Anlegern aus Asien, Europa und Nordamerika insgesamt 1,65 Milliarden Dollar ein. Blackrock hat für seine Kunden bisher in über 250 Wind- und Solarenergieprojekte investiert. Rund 100 Geldgeber haben für insgesamt vier Fonds rund fünf Milliarden Dollar bereitgestellt. Weiter: Vor dem letzten UNO Klima-Sondergipfel forderten 515 Finanzkonzerne eine schnelle CO₂-Bepreisung und das Aus für alle Kohlekraftwerke. Und: 2016 hat eine Taskforce der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zusammen mit der City of London Corporation und der britischen Regierung eine Initiative ins Leben gerufen, die Billionen Dollar in „grüne“ Investments kanalisiert sollen. Schon vor 2 etlichen Jahren haben Finanzgiganten begonnen, hunderte Milliarden in wertlose Klimafirmen zu stecken. Dies sind nur Schlaglichter und könnte immer weiter fortgesetzt werden, wofür hier jetzt nicht der Platz ist.

Dieser umfassende gesellschaftliche Umbau mit grünem Etikett geht von der herrschenden Finanzoligarchie aus, und geschieht insbesondere auf Kosten nichtmonopolistischer Schichten und Klassen, vor allem der Arbeiterklasse. Arbeitsplatzabbau, Ausplünderung durch neue Steuern wie der CO₂-Steuer, Preiserhöhungen für Energieversorgung und Mobilität, ökologisch begründete Mieterhöhungen und Baustopps, Demokratieabbau durch ausgerufene Notstände, Kaufkraftsenkungen mit dem Druckmittel „Konsumverzicht“ auf breiter Front usw. sind die Bestandteile. Um die derzeitige Klimabewegung also einschätzen zu können, muss die Frage beantwortet werden: Wie ist ihr Verhältnis zu dieser „grünen“ Offensive der Monopole? Wie steht sie zum Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen durch diese „grüne“ Offensive? Durch sämtliche politische Forderungen und Positionierungen stellt sich FfF und die sich um sie gruppierenden Bündnisse und Organisationen auf die Seite der Monopole. Nahezu alle konkreten Forderungen von FfF, sowohl bundesweit als auch örtlich richten sich gegen die Werktätigen: CO₂-Steuer von 180 EUR pro Tonne, sofortige Abschaltung der Kohlekraftwerke de facto auf Kosten der Arbeiter und Verbraucher, Erhöhung der Strompreise durch Änderung des sog. Strommix', , d.h. der Zusammensetzung der gelieferten Elektroenergie nach Art der Erzeugung, Baustopps durch „Klimavorbehalte“, gesetzlich verordnete höchste Hausbaustandards bzgl. Energieverbrauch, Fahrverbote für Verbrenner bei gleichzeitigem E-Auto-Zwang u.v.m. Die Forderungen von FfF sind für die Massen ein Horrorkatalog, dessen Umsetzung verhindert werden muss.

Kein Zufall ist es, dass FfF mit seinem sog. Klimastreik die Verhandlungen der GroKo zu einem „Klimapaket“ begleitet hat. Während wir als DKP klar und deutlich „Nein“ zur CO₂-Steuer gesagt haben, gingen FfF die GroKo-Beschlüsse noch nicht weit genug. Kritisiert wurde an dem Klimapaket, dass die CO₂-Bepreisung noch viel zu gering gewesen sei.

Die Klimabewegung rund um FfF hat den Zweck, Zustimmung zum „grünen Kapitalismus“ herzustellen. Sie soll genau den scheinbar oppositionellen Handlungsdruck erzeugen, den die grüne Kapitaloffensive braucht – scheinbar eine oppositionelle Bewegung auf der Straße, in Wirklichkeit ein Rammbock der Kapitalinteressen. Sowohl was die Rechtfertigung staatsmonopolistischer Maßnahmen – Stichwort Zertifikatehandel, E-Auto-

Ladeinfrastruktur, sog. Klimainvestitionen usw. – als auch den Raubzug gegen die Werktätigen betrifft.

Aus dieser Positionierung von FfF zur grünen Monopoloftensive einerseits und dem Herumtrampeln auf den Interessen der Werktätigen andererseits ergibt sich ein klares Bild: Die derzeitige Klimabewegung ist keine nicht-monopolistische Bewegung, sondern eine Bewegung im Interesse des Monopolkapitals, die sich gegen die Werktätigen richtet. FfF ist eine antiproletarische Bewegung. Dies wird auch schnell deutlich bei einer genaueren Betrachtung des Klimastreiks am 29.11.19, der von Interessensverbänden des Monopolkapitals unterstützt wird.

Da kann es nicht mehr verwundern, wenn bei näherer Betrachtung von FfF ein umfangreiches Netzwerk zu Tage tritt, welches diese Bewegung erst initiiert hat und bis zum heutigen Tage fördert und führt. Wie die kanadische Forscherin und Klima-Aktivistin Cory Morningstar in einer Reihe Artikel dokumentiert hat, steht hinter Greta Thunberg, Gründerin und Symbolfigur von FfF ein gut geknüpftes Netzwerk, das mit dem US Klima-Investor Al Gore, Vorsitzender von Generation Investment Management, eng verbunden ist.

Um es also nochmal klar zu sagen: FfF ist nicht zu kritisieren, weil es angeblich nicht radikal genug ist, oder zu wenig „antikapitalistisch“. Nein, in dieser Bewegung wimmelt es von „antikapitalistischen“ 3 Phrasendreschern. FfF ist auch nicht vorzuwerfen, dass die Herrschenden dort Einfluss nehmen. FfF ist eine Bewegung, die der Agenda des Monopolkapitals zu pass kommt, die personell und finanziell mit tausend Fäden an den Politagenturen des Monopolkapitals hängt.

Ich halte es für einen schweren politischen Fehler, FfF als potentiell antimonopolistische Bewegung zu charakterisieren und zu unterstützen wie etwa mit dem DKP Aufruf zum sog. Klimastreik oder der positiven UZ-Berichterstattung darüber. Ich halte es für einen schweren Fehler, die starken Vorbehalte und die Ablehnung in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der Klimabewegung als rückständiges Bewusstsein aufzufassen. Im Gegenteil, es ist gerade Ausdruck eines begrüßenswerten politischen Abwehrverhaltens, einer Bewegung wie FfF kritisch gegenüber zu stehen, wenn die akute Gefahr besteht, dass man selbst für die Umsetzung der Forderungen von FfF bezahlen muss. Unser „Nein zur CO2-Steuer“ müssten wir zu allererst mit diesen Menschen diskutieren und mithilfe Keime des Widerstands zu schaffen. Es ist kein Zufall, dass die AfD nun ihr „Nein“ zur dargestellten Klimapolitik – besonders zur CO2-Bepreisung – zur dritten Säule ihrer Programmatik macht und damit unter Arbeitern und Arbeitslosen einen Wahlerfolg nach dem anderen einführt. Es ist ein Drama, dass wir Gefahr laufen, uns von diesen Menschen abzuwenden, und uns stattdessen der von den Grünen und ihrer Wählerklientel geprägten Klimabewegung zuzuwenden. Diese polarisierende Wirkung der Klimabewegung entfaltet nun auch in der Friedensbewegung ihre Wirkung, etwa anhand des Slogans „Kein Frieden ohne Klimaschutz“. In spalterischer Manier wird die Zustimmung zur Klimabewegung zur Eintrittskarte in Kampagnen und Bündnissen gemacht, in Kauf nehmend, dass damit die Friedensbewegung gespalten und ihr Einfluss in der Bevölkerung gemindert wird.

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Keine Verengung in der Bündnispolitik zulassen

1. Ausgangs-These: Noch nicht erfasste Tiefe der „systemischen“ Krise

Die im Parteivorstand aufgetretenen inhaltlichen Differenzen sind aus meiner Sicht Ausdruck der insgesamt noch nicht wirklich bis zu Ende durchanalysierten Tiefe und Breitenwirkung der systemischen Krise des imperialistisch-kapitalistischen Systems. Sie wird nur unzureichend mit einigen seiner besonders auffälligen Oberflächenerscheinungen erfasst, die gemeinhin auch unter Marxisten mit dem unzureichenden Begriff „digitale Revolution“ zusammengefasst werden.

Eine Besonderheit dieser „systemischen Krise“ ist es, dass sie nicht nur das Leben der künftigen Generationen der Lohnabhängigen und Werktätigen „umpflügt“, sondern auch auf Grund der Deformiertheit der Produktivkraftentwicklung durch das kapitalistische Profitprinzip tief in die Existenzbedingungen der gesamten Gattung Mensch eingreifen.

Diese Besonderheiten erfordern deshalb nicht nur neue Anstrengungen für unsere wissenschaftliche Kapitalismusanalyse und Klassenpolitik – inklusive der neuartigen Anforderungen an die Aktionseinheitspolitik der Klasse – sondern für unsere antimonopolistische Bündnispolitik. Sie machen über den traditionellen Bereich der Friedenthematik und des Antifaschismus hinaus neue Präzisierungen der kommunistischen BündnisKonzeption erforderlich.

Die Antworten der drei Genossen M. G., B.S. und P. G. führen zu einer Einengung unserer praktischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik, besonders im Bereich der Ökologie und des Antifaschismus.

Ich gebe zu, dass ich auch vor vielen offenen Fragen stehe, für die ich keine Antwort habe. So ist denn auch mein Beitrag zu verstehen: viele Fragen und nicht immer Antworten – aber trotzdem nicht orientierungslos.

2. These. Erosion des bisherigen wertschöpfenden Rolle der kapitalistischen Lohnarbeit durch „E-Mobility“

Von den ca. 840.000 Beschäftigten in der Autoindustrie sind ca. 180.000 von Rationalisierungsentlassungen bedroht. Die vor-gestrige IGM-Aktion in Stuttgart ist nur ein schwacher Reflex und auch nur ein **schwacher** Auftakt von Gegenwehr. Dass jetzt auch ein Teil des VW-Konzerns, die Marke Audi, dessen Firmenmotto seit Jahrzehnten lautet „Vorsprung durch Technik“ Entlassungen im großen Stil (im ersten Schritt 9.500) ankündigt, ist ein weiteres Signal, dass künftig auch die sog. „guten Jobs“ nicht mehr „sicher“ sind (Sie waren es natürlich niemals, solange es die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten von Krisen und der Anarchie des Marktes gibt.) Aber dass diese Gegenwehr sich regt, macht natürlich Hoffnung, dass es Widerstand dagegen gibt und dass Rationalisierungs- und E-Mobilisierungsgewinner und –verlierer sich in den nächsten Jahren und Monaten nicht widerstandslos gegeneinander ausspielen lassen.

Die Ankündigung von Tesla zur Schaffung von 7000 neuen Arbeitsplätzen im „strukturschwachen“ Brandenburg ist die andere Seite derselben Medaille, die da heißt „Transformation“ der Automobilindustrie. Einerseits neue modernste Arbeitsplätze, andererseits Zerschlagung der bisherigen Tarifstruktur nach dem Motto E-Mobilität nur bei Lohndumping gemäß Vorbild von Tesla-USA.

Dieser Umbau allein im Bereich der E-Mobilität ist aber nur ein , aber nicht das wirkliche Zukunftsproblem für die Klasse der Lohnarbeiter und der anderen Werk tätigen. Es finden insgesamt weit umfangreichere Umbrüche statt. „Nichts bleibt so, wie es ist.“

3. These: Arbeit ohne sichere Zukunft. Das 68%-Modell der OECD zur Kenntnis nehmen!!

Nach Angaben des im August 2019 veröffentlichten; sehr aufwändigen und aus mehreren Teilstudien bestehenden OECD-Projekts "The Future of Education and Skills 2030" („Die Zukunft von Ausbildung und beruflichen Fertigkeiten“) werden bis 2030 weit über die Hälfte der jetzigen Arbeitsplätze und Berufe von den Folgen der sog „Transformation“ betroffen werden. Die Autoren der Studie erklären, dass 68 Prozent der im Jahre 2030 ausgeübten Berufe heute noch nicht einmal bekannt seien. In einer weiteren Studie der OECD zur kommenden Umstrukturierung des Bildungssystems heißt es dazu: „Die Kinder, die in 2018 mit ihrer Ausbildung beginnen, werden in 2030 junge Erwachsene sein. Die Schulen werden sie vorbereiten müssen auf Berufe, die es heute noch gar nicht gibt, für Technologien die heute noch nicht erfunden sind, um Probleme zu lösen, die noch nicht einmal vorstellbar (antizipierbar) sind.“
([https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20\(05.04.2018\).pdf](https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20(05.04.2018).pdf))
(eigene Übersetzung-.HPB)

4. These: Neue Stufe der wissenschaftlich-technischen Umwälzungen

Eine weitere Teilstudie "Will robots really steal our jobs? An international analysis of the potential long term impact of automation" zeigt, dass im Mittel bei den untersten vier (der insgesamt acht untersuchten) Berufsfelder 53% der Jobs in hohem Maß vom Jobverlust durch Automation betroffen sind. Die große Masse dieser vier Hauptberufssparten wird danach im Jahr 2031 im Durchschnitt bei einer Abbaquote von 40% angelangt sein. Selbst Manager und „Spezialisten“ liegen bei einer Abbaquote von 10%.

Und was geschieht wenn demnächst die bisherige auf dem binären 0-1-0-1-Prinzip beruhenden Grundmodelle der Datenverarbeitung durch die Quantentechnologie ersetzt wird? Im Unterschied zum klassischen Computer arbeitet der Quantencomputer nicht auf der Basis der Gesetze der klassischen Physik bzw. Informatik, sondern auf der Basis quantenmechanischer Zustände. Unter Ausnutzung dieser Effekte werden bestimmte Probleme der Informatik, z. B. die Suche in extrem großen Datenbanken und die Faktorisierung großer Zahlen mit dem sog. „Shor-Algorithmus“ effizienter gelöst werden können als mit klassischen Computern.

Ein Qubit im Quantencomputer entspricht 4 Bit in einem klassischen Computer, ist also die kleinste Speichereinheit. Im Gegensatz zum Bit kann ein Qubit, grob und eher ungenau gesprochen, mehrere Zustände gleichzeitig speichern, und die Rechnung mit diesen

Speichern entspricht dem parallelen Rechnen mit mehreren klassischen Rechenprozessoren. Die Mengen an zu verarbeitenden Informationen steigen exponentiell an.

Welche Folgen hat dies nicht nur für die Arbeitsplätze in der Computerindustrie im engeren Sinne? Was geschieht mit den bisherigen Qualitätsstandards und fachlichen Qualifikationen in den Anwendungsbereichen in Industrie, Forschung, Dienstleistung, Ausbildung?

Gibt es in dieser Stufe der wissenschaftlich-technischen Revolution womöglich ähnliche dramatische Umwälzungen wie bei der Einführung der Computertechnologie? Oder sind dies übertriebene Ängste?

Oder was geschieht bei weiteren Umbrüchen in der Antriebstechnologie durch den serienmäßigen Einsatz von Kohlenwasserstoff? Ist die heute so heftig umkämpfte massenhafte Umstellung auf E-Mobilität über Lithium-Ionen-Batterien vielleicht morgen schon wieder längst veraltet?

5. These: Generelle Entwertung der Ware Arbeitskraft

Die existentiellen Sorgen, Zweifel und Bedrohungsgefühle, dass „Otto Normalverbraucher“ und „Lieschen Müller“ in einem Kernbereich ihres Lebens einem permanenten sich steigernden Modernisierungs- und Leistungsdruck ausgesetzt werden, werden sich weiter verschärfen. „Gute“ Bildung und Ausbildung sind keine Garantie mehr für ein anhaltendes ausreichendes Einkommen. In unserer Bildungszeitung „DKP und Arbeiterklasse heute“ wird an einer Stelle nur angedeutet, dass die von Marx prognostizierte grundsätzliche Veränderung der Rolle der mehrwertschöpfenden lebendigen Lohnarbeit an den Festen und Fundamenten des bisherigen Systems der Wertschöpfung rüttelt. Der Arbeiter der „neben dem Produktionsprozess“ nur noch „Wächterrollen“ übernimmt!

Was bedeutet das denn tendenziell für die „Zukunft der Arbeit“? Das haben wir längst nicht durchdacht!!

Von all diesen Produktivkraft-Umbrüchen ist nicht nur des Proletariat im engen oder im weiteren Sinne betroffen. Davon sind alle, die nicht zur Kapitalistenklasse zählen, betroffen. Und selbst innerhalb der Kapitalistenklasse werden die Konkurrenzverhältnisse sich steigern und verschärfen. Das was jetzt in der Automobilzuliefererindustrie abläuft, das wird nur ein Vorspiel für viel größere Umwälzungen im kleinen und mittleren Kapital sein.

Das bedeutet dann doch aber, dass im Bereich unserer Aktionseinheitspolitik und antimonopolistischen Bündniskonzeption wegen der Unsicherheiten im Bereich von Wissenschaftsentwicklung, Hochschul- und Berufsausbildung sich neue Aufgaben und Möglichkeiten stellen.

6. These. Den Aufbau gewerkschaftlichen, sozialen und demokratischen Widerstandspotentials unterstützen - ohne Herummäkelei

Welches Potential an klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik wird dafür aufgebaut und

eingesetzt? Die IGM als stärkste Gewerkschaft im industriellen Kernbereich der Arbeiterklasse hat sich mit ihrem „Manifest“ des letzten Bundeskongresses zum Partner und sozialverträglichem Moderator dieser tiefgreifenden Umwälzung gemacht. Wir werden nicht darauf verzichten dürfen und können, dass wir diese politische Selbstbeschränkung der IGM und auch die Begrenzung ihres „Manifest“ auf eine „sozialverträgliche“ Moderation und Mitgestaltung der „Transformation“ als unzureichend betrachten. Und dies auch sagen.

Aber es wäre doch ein völliger Blödsinn, dass wir daraus ableiten – wie wir es heute leider im vorliegenden Entwurf des Ökologieantrages lesen müssen -, dass wir das „bekämpfen“ müssen. Die IGM hat doch wichtige Überlegungen für die Ebene der sozialen, demokratischen, ökonomischen und ökologischen Reformpolitik vorgelegt, die wir nicht einfach als „klassenverräterisch und antiproletarisch“ be- und abwerten können.

Es gehört doch zum ABC unserer Strategie, dass wir diese Ebene des ökonomischen und des „demokratischen Kampfes“ nicht negieren, sondern sie verbinden müssen mit der Ebene des „sozialistischen Kampfes“. Dazwischen steht aber nicht eine unüberwindbare „chinesische Mauer.“ Das gilt auch für diese gewerkschaftliche Transformationskonzeption.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einige elementare Grundsätze der leninschen Revolutionstheorie: In einem seiner vielen Artikel zu den Lehren der ersten russischen Revolution von 1905 schrieb er. „ Wenn die objektiven Voraussetzungen für eine tiefe politische Krise gegeben sind, dann können auch die kleinsten, vom wirklichen Herd der Revolution scheinbar weit weg liegenden Konflikte größte Bedeutung haben – als Anlass, als der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen bringt, als Beginn eines Umschwungs in der Stimmung usw.“ W.I. Lenin: Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage, Werke Bd. 15. S. 273

Das können ganz einfache alltägliche ökonomische Probleme, aber „größere“ Einzelprobleme sein wie die nationale Frage oder heute die ökologische Frage. Und daher stellt sich die Frage mit aller Schärfe, wie wir mit dem demokratischen und antimonopolistischen Potential in all diesen Teilbewegungen umgehen.

7. These: Kein Kampf um Hegemonie ohne aktives Mitarbeiten in Bündnissen und mit Bündnispartnern

Marx, Engels und Lenin – und die gesamte Geschichte von KPD und DKP lehren uns, dass das Proletariat nur dann im sozialistischen Kampf erfolgreich sein kann, wenn es auch die Ebene des demokratischen Kampfes beherrscht und daran aktiv und orientierend teilnimmt und nicht besserwisserisch daneben steht und mit der roten Fahne wedelt. In einer heftigen Kontroverse unter den Bolschewiki musste sich Lenin während des 1. Weltkrieges energisch gegen eine linkssektiererische Strömung in den eigenen Reihen durchsetzen, die die damaligen antikolonialen Bewegungen - z.B. den irischen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialmacht, als „kleinbürgerlich“ kritisierten. Das lenkte bloß von Kampf um die sozialistische Revolution ab.

In ungewöhnlicher Härte wies Lenin diese Auffassung zurück und formulierte dabei bis

heute außerordentlich wertvolle Gedanken auch für die heutige Bündnisstrategie der Kommunistischen Partei: „Denn zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung - das zu glauben heißt der sozialen Revolution entsagen. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: "Wir sind für den Sozialismus", an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: "Wir sind für den Imperialismus", und das wird dann die soziale Revolution sein!

...

Wer eine "reine" soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.... Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen - ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich -“: (Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, Werke Bd. 22, S. 363f) (Hervorhebungen durch mich-HPB)

8. Gattungsprobleme nicht leugnen, sondern mit der Klassenfrage verbinden

All diese Prozesse und gewaltigen Entwicklungssprünge im Bereich von Arbeit und Ausbildung vollziehen sich gemeinsam im Rahmen und vor dem Hintergrund einer Krise planetaren Ausmaßes, die mit dem Stichwort Klimawandel nur sehr unzureichend beschrieben ist. F. Castro hat schon vor fast 30 Jahren in diesem Zusammenhang vor einer bevorstehenden Selbstvernichtung der Gattung Mensch gewarnt. Und er meinte damit nicht den Atomkrieg als Hauptproblem, sondern die ökologische Katastrophe:

„Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern.“

Von dieser Realität, die sich seit CASTROS Rede vor der UNO 1992 durch den doch nicht mehr abzustreitenden und wissenschaftlich bestätigten künstlich beschleunigten Klimawandel weiter verschärft hat, den zu bekämpfen laut neuer kubanischer Verfassung Pflicht aller Staatsorgane ist – müssen wir in der gegenwärtigen Diskussion ausgehen. Es ist doch die reale Analyse der realen Situation, die die Wissenschaftlichkeit unserer Politik und Strategie ausmacht. Waren Fidel, sind die kubanischen Staats- und Parteiführung und die kubanischen Meteorologen etwa auch alle von Teilen des US-amerikanischen Großkapitals rund um den früheren Vizepräsidenten AL GORE gesteuert, so wie ja angeblich „fff“?

Es ist uns nicht „egal“, wie andere die globale Umweltlage bewerten, egal ob „fff“ oder A. Merkel oder der Vatikan oder der Papst. Aber viel, viel wichtiger ist, wie wir selbst auf

wissenschaftlicher Basis die Entwicklung der ökologischen Probleme, die sich zu einer „Katastrophe“ nicht überschätzbaren Ausmaßes vor uns aufürmen, selbst bewerten.

Wenn eine Bewegung wie „fff“ die Dringlichkeit dieser Lage ebenfalls erkennt, womöglich dabei auch dringlicher und schärfer reagiert als wir, dann ist das doch erstmal gut und nicht schlecht. Und es ist egal, ob das Team um Greta Thunberg das besser medienmäßig aufgreift, als wir das können. Das können wir denen doch nicht zum Vorwurf machen!! Es müsste uns eher zum Nachdenken bringen, warum es z.B. keine junge deutsche Kommunistin oder Sozialistin war, die mit Unterstützung ihrer Partei bei uns eine Schul- und Klimastreikbewegung initiiert hat.

Das ist doch ein reales Versäumnis von uns, von unserer Partei, von uns allen!! Wir sprechen doch als DKP schon seit 1986 von der bevorstehende ökologischen Katastrophe, wir benötigen keinen Nachhilfeunterricht in diesem Punkt und wir rennen auch niemandem hinterher oder werden Opfer eines angeblich von AL GORE gesteuerten „Klimahypes“.

Wenn Teile der Umweltbewegungen dabei fragwürdige Forderungen aufstellen, wie im Zusammenhang mit der CO2-Steuer, dann werden wir dagegen mit der Forderung nach striktter Anwendung des Verursacherprinzips antworten müssen und deshalb sind wir den falschen Ansatz der CO2-Bepreisung, die nur eine zusätzliche Massenverbrauchssteuer ist, die vor allem die Werktätigen trifft.

Wer die Technologien und Dienstleistungen aus Profitgründen ohne Rücksicht auf die Folgen für die Umwelt und das Klima auf den Markt bringt, muss dafür bestraft werden. Er muss gezwungen werden, andere Technologien zu entwickeln. Es gab einmal das FCKW-Verbot. Das wurde tatsächlich sogar realisiert. Warum sollen wir dann nicht auch ähnliche Verbote gegen andere giftige Umwelt- und Klimagase wie das CO2 fordern?

Es muss unsere Aufgabe sein - wie eigentlich immer - Reformvorstellungen die an der Systemgrenze Halt machen, aufzugreifen, im Kampf um solche Forderungen politisches Terrain zu erobern und Klassenbewusstsein und Kampfbereitschaft entwickeln zu helfen. Und das werden wir mit einer solchen bündnispolitischen Verengung, wie ich sie bei den drei Genossen sehe, nicht erreichen.

Termine der PV-Tagungen 2020

1. PV-Tagung: 18./19. April
2. PV-Tagung: 20./21. Juni
3. PV-Tagung: 19./20. September
4. PV-Tagung: 28./29. November

Weitere Termine zur Kenntnis

- 23. Februar: Hamburg Bürgerschaftswahl
- 14./15. März: SDAJ-Bundeskongress
- 15. März: Bayern Kommunalwahl
- 21. März: Kommunalpolitischer Ratschlag
- 25. April: Tag der Begegnung/Torgau
- 09. bis 12. Juni Büchel
- 28. – 30. August: 21. UZ-Pressesfest
- 5. September: Marktfest in Bottrop
- 13. September: Kommunalwahl NRW

These 19 des Hamburger Parteitages der DKP, 1986**Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik**

- Mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution werden nach Art und Umfang menschliche Eingriffe in die Natur vorgenommen wie nie zuvor. Die Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt sind dahinter zurückgeblieben. Angesichts der Begrenztheit wichtiger Naturstoffe und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt besteht erstmals in der Geschichte eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit. Eine Krise neuer Art ist entstanden: die ökologische Krise, die sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen kann.

- In der Bundesrepublik hat sich die Umweltqualität schon heute derart verschlechtert, dass hiervon die alltäglichen Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung berührt sind. Wo Nahrung, Boden, Luft und Wasser so giftig sind, dass Wälder, Pflanzen und Tiere sterben, können auch die Menschen nicht gesund bleiben. Auf der Jagd nach Höchstprofiten belasten die Konzerne die Umwelt mit freigesetzten Schadstoffen, mit hochgiftigem Chemie- und Atommüll. Schädigungen der Umwelt werden durch militärische Übungen und den Bau von Militäranlagen hervorgerufen. Von atomaren und chemischen Waffen gehen auch im Frieden tödliche Gefahren aus.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Umweltgefährdung ist ein wachsendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung entstanden. Alle gesellschaftlichen und politischen

Kräfte mussten sich der Ökologieproblematik zuwenden. Der Druck der Umweltschutzbewegung hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in manchen Bereichen vermehrte Umweltinvestitionen getätigt wurden. Die Politik der Bundesregierung ist jedoch ungeeignet, die Zuspitzung der ökologischen Krise abzuwenden, weil sie den Konzernen nicht entgegengetreten will. Ihr Konzept "Mehr Markt beim Umweltschutz" zielt darauf, staatliche und öffentliche Kontrollmöglichkeiten abzubauen sowie die Umweltschutzkosten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

- Die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit entspringt nicht der modernen Wissenschaft und Technik, sondern den kapitalistischen Verhältnissen, unter denen sie entwickelt und eingesetzt werden. Im Kapitalismus ist der Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur der Profitmacherei unterworfen. Das bewirkt Raubbau an der Natur. Weil Umweltschutzmaßnahmen den Profit mindern, wird so weitgehend und so lange wie irgend möglich darauf verzichtet. Gleichzeitig bedeutet die krisenbedingte Vernichtung von Produktivkräften sowie die Schaffung eines Vergeudungs- und Wegwerfsystems im Konsumbereich einen verschwenderischen Umgang mit der Natur. Eine Gesellschaftsordnung, in der aus Profitsucht die für Mensch und Umwelt schädlichen Folgewirkungen systematisch außer acht gelassen werden, ist lebensgefährlich. Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck.

Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftsentwicklung. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse und unter Kontrolle der Gesellschaft, die vernünftige und planvolle Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kann allein jene Mittel hervorbringen, die gebraucht werden, um die natürliche Umwelt zu sanieren, energie- und rohstoffsparende Technologien zu schaffen, einen pfleglichen Umgang mit der Natur zu ermöglichen. Gerade der Umweltschutz muß zu einem der wichtigsten Felder für neue Investitionen und damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit auch unsere Partei ist aufgefordert, hierfür stärker in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei geht es vorrangig um Probleme wie die Sanierung von "Altlasten" in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schadstoffen, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, die Entwicklung von Kreislauftechnologien, die Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.

Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Hauptverursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel. Ziel muss sein, einen die Naturressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit unabdingbar ist. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursacherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.

- In den sozialistischen Ländern wird im nationalen Rahmen wie durch die Zusammenarbeit im RGW eine umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes geleistet. Der Schutz der natürlichen Umwelt und die rationelle Nutzung der Naturressourcen gehören zu den Gesellschaftszielen, die der Sozialismus seit seiner Existenz verfolgt. Das zukunftsweisende Herangehen des Sozialismus an ökologische Aufgaben findet zunehmende internationale Anerkennung. Der Umwelt-Sonderpreis der UNO für den Schutz des Baikalsees ist dafür ein Beispiel.

Aber auch die sozialistischen Länder stehen heute vor ernstesten Umweltproblemen, die noch zu lösen sind. Nur ist das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu ihrer Bewältigung bereits ausgeräumt: das Privateigentum der Großkapitalisten an Fabriken, an Grund und Boden. In den sozialistischen Ländern kann niemand seine Profitinteressen über die Interessen der Allgemeinheit stellen.

Im Rahmen der planmäßigen Gestaltung von Wirtschaft und Umwelt, aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sowie in Abhängigkeit von den wissenschaftlich-technischen und materiellen Möglichkeiten werden die vielfältigen Umweltprobleme Schritt für Schritt gelöst. Die sozialistischen Länder gehen dazu über, das bisherige, von seiner Grundstruktur her unter kapitalistischen Profitbedingungen entwickelte Produktivkraftsystem so umzugestalten, dass es den Zielen einer rationellen Nutzung der Naturstoffe durch rohstoffsparende und abfallarme "geschlossene" Produktionskreisläufen gerecht wird.

- Umweltgefährdung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Sie ist ein globales Problem. Die Verschmutzung der Weltmeere, Einwirkungen auf die Erdatmosphäre, die Zerstörung der tropischen Regenwälder und zunehmende Wüstenbildungen betreffen in ihren Folgen die gesamte Menschheit. Alle Staaten stehen in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass die Umweltbelastungen einschneidend gemindert werden. Besonders skrupellos verhalten sich die multinationalen Konzerne, die stark umweltbelastende Produktionen in Länder der "Dritten Welt" verlagern und dabei nicht einmal minimalen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Ausmaß der globalen Umweltzerstörung ist ganz wesentlich dadurch bedingt, dass das vom Imperialismus ausgehende Wettrüsten gewaltige Mittel an Rohstoffen, Arbeitskräften und wissenschaftlicher Kapazität verschlingt, die dann für die Entwicklung umweltschonender Techniken, für eine radikale Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wegen der zwischenstaatlichen und globalen Dimensionen der Umweltprobleme werden koordinierte Aktivitäten in internationalem Maßstab immer dringlicher. Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist so auch deshalb notwendig, um eine systemübergreifende Kooperation auf ökologischem Gebiet zu ermöglichen. Gerade in Mitteleuropa - einer industriellen Ballungsregion mit einzigartiger Konzentration von Massenvernichtungsmitteln und Militäreinrichtungen - sind zwischenstaatliche Vereinbarungen über vermehrten Umweltschutz und deren Finanzierung durch Rüstungskürzungen besonders dringlich.

Karl-Liebknecht-Schule der DKP: Konzept zur finanziellen Sicherung der Sanierung und des langfristigen Betriebs der Bildungsstätte

Ausgangslage

Die zentrale Bildungseinrichtung der DKP, die Karl-Liebknecht-Schule (KLS), hat ihren Sitz im Haus der Kulturvereinigung Leverkusen e.V., Am Stadtpark 68 in 51373 Leverkusen.

Gebäude und Grundstück befinden sich belastungsfrei im Eigentum der Kulturvereinigung Leverkusen. Der DKP-Parteivorstand ist seit den 1970er-Jahren Hauptmieter. Büroräume werden zudem durch den DKP-Bezirk Rheinland-Westfalen, den SDAJ-Bundesvorstand, die KLS-Leitung und durch die Kulturvereinigung Leverkusen genutzt.

Das Haus wurde vor rund 90 Jahren von klassenbewussten Leverkusener ArbeiterInnen gebaut. Es wurde 1933 von den Nazis beschlagnahmt und erst nach der Befreiung vom Faschismus im Jahr 1946 den rechtmäßigen Eigentümern, der heutigen Kulturvereinigung Leverkusen e.V., zurück übereignet.

Neben den Bildungsveranstaltungen der Karl-Liebknecht-Schule und der SDAJ gibt es ein (ausbaufähiges) kulturelles Angebot für Ausstellungen, Musik- und Liederabende. Das Haus wird für Beratungen und Konferenzen genutzt. Eine Bibliothek und ein Archiv wird im Zuge der Sanierung aufgebaut.

Die Einrichtung bietet 36 Schlafplätze in 7 Mehrbettzimmern, Tagungsräume und eine Küche. Die sanitären Anlagen, die Strom- und Wasserleitungen sind veraltet. Die verbauten Materialien sind teilweise schadstoffbelastet. Es fehlte bisher ein Brandschutz-, Sicherheits- und Fluchtwegekonzept.

Beschlusslage

Der Sanierungsbedarf ist seit vielen Jahren bekannt. Erst die hohe Spende unseres Freundes Andreas Zechmeister versetzte uns in die Lage, das Projekt konkret anzugehen. In die Planung und Umsetzung waren und sind folgende Gremien einbezogen: Vorstand und Mitgliedschaft der Kulturvereinigung Leverkusen e.V., Parteivorstand der DKP und sein Sekretariat, Finanzkommission des PV, KLS-Schulleitung, KLS-Bauleitung.

Die Sanierung der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen erfolgt auf Grundlage des folgenden Beschlusses der 2. PV-Tagung am 16./17.06.2018:

„Das Haus der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. soll langfristig als zentrale Parteischule der DKP erhalten werden. Für diesen Zweck muss das Haus saniert und der Standard für Tagungen und Übernachtungen verbessert werden. Die Bausubstanz wurde durch die Gen. Andreas H. (Architekt) und Ansgar S. (Bautechniker) untersucht und positiv bewertet. Erste Umbaupläne liegen vor.

Durch eine zweckgebundene Großspende ist die finanzielle Basis für die Sanierung der KLS gesichert. Weitere notwendige Finanzmittel sollen durch die Kulturvereinigung sowie durch eine Spendenkampagne, beginnend auf dem UZ-Pressfest 2018, aufgebracht

werden. Nach einer ersten Kalkulation kann der Finanzbedarf mit diesen Mitteln bestritten werden, es besteht aus heutiger Sicht für die Partei kein finanzielles Risiko. Details dazu folgen im Finanzierungskonzept, das dem PV vorgelegt wird. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, ist eine erneute Entscheidung des PV nötig.

Das Sekretariat des PV wird beauftragt, in Abstimmung mit der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. als Eigentümerin des Hauses sowie der Leitung der Karl-Liebknecht-Schule ein Nutzungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Der Genosse Klaus Leger leitet das Projekt und koordiniert die anstehenden Aufgaben. Das Sekretariat erstattet dem PV fortlaufend Bericht über den Fortschritt des Projektes.“

(einstimmig beschlossen)

Über den Baufortschritt wurde regelmäßig in der UZ, durch Rundmails des PV und auf den PV-Tagungen berichtet. Ausführliche Informationen zur Finanzierung der KLS-Sanierung wurden der 6. PV-Tagung vorgelegt.

Nach Kalkulation des Architekten beträgt das Investitionsvolumen für die Sanierung des Gebäudes rund 750.000 Euro, wovon wir 50% in Eigenleistung im Rahmen von Subbotniks erbringen können. In diesem Betrag sind die Kosten für die Herstellung der Barrierefreiheit durch einen Aufzug nicht enthalten.

Subbotniks und Spendenaktion „Erhaltet die KLS!“

Mehrere dutzend Genossinnen und Genossen der DKP und SDAJ haben zum Teil mehrfach oder sogar regelmäßig an den Arbeitseinsätzen in der KLS teilgenommen und damit hohe Werte für die Schule der DKP geschaffen. Auch mehrere parteilose Freundinnen und Freunde haben an den Subbotniks teilgenommen. Inzwischen können wir uns aus diesem Kreis über 5 Beitrittserklärungen zur DKP freuen! GenossInnen der KKE haben uns solidarisch durch Arbeitseinsätze unterstützt und GenossInnen der TKP haben ihre Hilfe angekündigt.

Es hat sich ein Kreis von fachkompetenten GenossInnen gebildet, die alle wichtigen Gewerke abdecken. Unsere Subbotniks haben sich – wirtschaftlich und politisch – zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt.

Das Spendenaufkommen konnte seit Beginn der Sanierung erfreulich gesteigert werden. Während 2018 insgesamt 9.495 Euro Spenden für die KLS geflossen sind, können wir in diesem Jahr bis zum 31.10.2019 bereits 245 Einzelspenden im Wert von 25.967 Euro verbuchen.

Der Förderkreis „Erhaltet die KLS!“ soll gestärkt werden, um den langfristigen Betrieb der KLS zu sichern. Ein Flyer zur Gewinnung neuer UnterstützerInnen liegt hier vor und wird in den nächsten Wochen über die UZ und über PV-Verteiler verbreitet.

Baumaßnahmen

Durch die beschlossene Sanierung werden die technischen Einrichtungen auf ein

zukunftsfähiges Niveau gehoben. Brandschutz- und Sicherheitsvorschriften werden berücksichtigt. Die Kapazität wird geringfügig auf 38-40 Schlafplätze erweitert. Vorrangig geht es um eine Modernisierung der sanitären Anlagen, der Küche, des Aufenthalts- und Tagungsbereichs sowie um eine vollständige Erneuerung aller Versorgungsleitungen (Strom, Wasser, Heizung). Wir können von einer Kernsanierung sprechen.

Der Raumzuschnitt wird auf allen Etagen verändert und den Anforderungen des Schulbetriebs angepasst. Im Zuge des Rückbaus werden schadstoffbelastete Einbauten fachgerecht entsorgt. Das Untergeschoss wird durch die Einrichtung einer neuen Küche mit Lagermöglichkeiten für Lebensmittel, einer Cafeteria und mit neuen, bodentiefen Fenstern aufgewertet. Die nutzbare Fläche des Hauses wird erweitert.

Energetisch können wir punktuelle Verbesserungen erreichen, beispielsweise wird der Boden des Dachgeschosses gedämmt und die Glasbausteine im Saal durch moderne Fenster ersetzt. Die Fenster in den Übernachtungsräumen werden (von wenigen Ausnahmen abgesehen) im Rahmen der anstehenden Baumaßnahme nicht erneuert, da sie über einen ausreichenden Dämmwert verfügen und eine solche Investition nicht wirtschaftlich wäre.

Die Barrierefreiheit durch den Einbau eines Fahrstuhls und andere bauliche Maßnahmen kann durch den Erlös aus dem geplanten Verkauf des Teilgrundstücks angegangen werden. Damit sind wir in der Lage, das Unter- und Erdgeschoss sowie die erste Etage barrierefrei zu gestalten. Die notwendigen Investitionen betragen hierfür rund 100.000 Euro zuzüglich Subbotnikleistungen. Eine Bezuschussung wird beantragt.

Geprüft wird, ob die Überdachung der Terrasse aus Gründen des Brandschutzes zurückgebaut werden muss. Gemeinsam mit der Bauleitung wird hier an einer Lösung gearbeitet. Die gesamte Sanierung, inklusive der Anlage des Außenbereichs, soll im Frühjahr 2021 abgeschlossen werden.

Finanzbedarf

Die Finanzierung der Sanierung ist durch die Großspende, die erfreulich ansteigenden Einzelspenden und die Subbotniks gesichert. Die bislang bestehende Deckungslücke für den Einbau eines Fahrstuhls und die Barrierefreiheit kann durch den Mitteleinsatz aus dem Grundstücksverkauf gedeckt werden.

Auch nach Abschluss der Sanierung müssen Finanzmittel aufgewendet und Rücklagen gebildet werden, um die KLS nachhaltig zu sichern und um einen Sanierungsstau in Zukunft zu vermeiden. Durch die laufenden Einnahmen (Teilnahmegebühren, Miete, Spenden) kann der Finanzbedarf nicht vollständig gesichert werden. Die Gesamterlöse aus den vorgenannten laufenden Einnahmen betragen rund 20.000 Euro. Durch eine stärkere Auslastung der KLS (nach der Sanierung realistisch) und eine Stärkung des Förderkreises sind Einnahmesteigerungen denkbar, allerdings noch nicht kalkulierbar.

Die laufenden Nebenkosten betragen rund 12.000 Euro pro Jahr. Mindestens 6.000 Euro pro Jahr müssen für kleinere Reparaturen und Ersatzinvestitionen eingeplant werden. Eine

zwingend notwendige Modernisierungs-Rücklage ist in dieser Kalkulation noch nicht enthalten.

Um den Betrieb der KLS und die Verwaltung des Hauses reibungslos zu organisieren, müssen 2-3 Minijobs (Büroorganisation, Hausverwaltung und Technik, Reinigung) finanziert werden. Die Personalkosten hierfür betragen rund 20.000 Euro pro Jahr. Außerdem muss, auch aus Sicherheitsgründen, ein Hausmeister-Appartement kostenlos bereitgestellt werden.

Die Kosten für den laufenden Betrieb der KLS betragen somit rund 38.000 Euro pro Jahr. Dem stehen Einnahmen in Höhe von etwa 20.000 Euro gegenüber. Somit muss eine Deckungslücke in Höhe von rund 18.000 Euro pro Jahr finanziert werden.

Einnahmen

Teilnahmegebühren Seminare (nach Abzug von Verpflegungskosten)	6.000 Euro
Mieteinnahmen	4.000 Euro
Spenden / Förderkreis „Erhaltet die KLS!“	10.000 Euro
Gesamteinnahmen	20.000 Euro

Ausgaben

Personalkosten (ca. 2,5 Minijobs)	20.000 Euro
Nebenkosten	12.000 Euro
Ersatzinvestitionen, kleinere Reparaturen	6.000 Euro
Gesamtausgaben	38.000 Euro

Im Haushalt des PV lässt sich eine dauerhafte Bezuschussung der KLS in dieser Höhe nicht darstellen. Andere Erlösquellen oder ein gesichertes zusätzliches Spendenvolumen in dieser Höhe sind nicht planbar. Die langfristige Existenz des Hauses kann – auch nach sorgfältiger Abwägung der beteiligten Gremien - nur durch einen Teilverkauf des Grundstücks gesichert werden.

Teilverkauf des Grundstücks

Das Grundstück der Kulturvereinigung Leverkusen hat eine Gesamtfläche von 3.563 m². Der hintere Bereich ist als Rasenfläche angelegt. Dieser Bereich soll verkauft werden. Das Grundstück soll in 2 Parzellen aufgeteilt werden:

a) Bestand Karl-Liebknecht-Schule, Am Stadtpark:	2.141m ²
b) Verkauf Teilgrundstück, Moltkestraße:	1.422 m ²

In der Information an den PV wurde Anfang 2019 ein möglicher Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks Moltkestraße in Höhe von 650.000 Euro genannt. Die Verhandlungen mit mehreren Interessenten konnten zum Abschluss gebracht werden.

Die Inhaberbefamilie einer Spedition aus Leverkusen hat mit Blick auf den Kaufpreis und die weiteren Rahmenbedingungen das attraktivste Angebot formuliert: Kaufpreis 900.000 Euro, Sicherung der Zufahrt für die KLS über das verkaufte Grundstück durch Eintrag eines Wegerechts im Grundbuch, Vorkaufsrecht für 2 Wohnungen im geplanten Gebäude. Das

neue Wohngebäude ist etwa in der Größe des bereits bestehenden Mehrfamilienhauses in der Moltkestraße geplant. Eine Baugenehmigung liegt aber noch nicht vor.

Eine zusätzliche Bebauung des vorderen Bereichs des Grundstücks Am Stadtpark mit einem kleineren Wohngebäude wurde vorerst auf Eis gelegt, da mit dem Erwerb von Eigentumswohnungen im neu geplanten Mehrfamilienhaus folgende Ziele erreicht werden können:

- Langfristige Sicherung der erlösten Finanzmittel aus dem Grundstücksverkauf durch den Erwerb von Wohneigentum. D.h., es fließen Erträge aus der Vermietung. Das eingesetzte Kapital wird nicht aufgezehrt.
- Langfristige finanzielle Sicherung der noch ungedeckten KLS-Betriebskosten in Höhe von rund 18.000 Euro.
- Einflussnahme als Miteigentümerin auf Entscheidungen im geplanten Mehrfamilienhaus in der Moltkestraße.
- Bildung einer Rücklage für spätere Investitionen im Gebäude der KLS.
- Finanzierung des barrierefreien Zugang zur KLS durch einen Lift und andere Maßnahmen.

Der Verkaufserlös soll wie folgt verwendet werden (Grobplanung):

- Erwerb von Wohneigentum, voraussichtlich im geplanten Gebäude	650.000 Euro
- Finanzierung Barrierefreiheit	100.000 Euro
- Rücklage für KLS-Gebäude	150.000 Euro
Angebotener Kaufpreis	900.000 Euro

Mit 650.000 Euro kann etwa 300 m² Wohnfläche erworben werden. Bei einer Nettomieteinnahme in Höhe von 6 bis 7 Euro pro Quadratmeter kann mit Erlösen in Höhe von 1800 Euro pro Monat (21.600 Euro pro Jahr) kalkuliert werden.

Fazit

Die Sanierung des Gebäudes der KLS verläuft planmäßig und erfolgreich.

Mit den beschlossenen und begonnenen Maßnahmen kann unser primäres Ziel, die langfristige Sicherung der Parteischule der DKP, gesichert werden.

Durch den Verkauf des Teilgrundstücks verschaffen wir uns die nötigen liquiden Mittel und Reserven zur langfristigen Absicherung der KLS und der Bausubstanz des Gebäudes.

Den an den Subbotniks beteiligten GenossInnen und FreundInnen sowie den SpenderInnen gehört unser Dank. Ohne die Arbeitseinsätze und die finanziellen Zuwendungen wäre die Sanierung und der dauerhafte Betrieb der Parteischule nicht möglich!

Klaus Leger, Kassierer des DKP-Parteivorstandes, Stv. Vorsitzender der Kulturvereinigung Leverkusen e.V., 23.11.2019

Karl-Liebknecht-Schule



kls.dkp.de

Die Karl-Liebkecht-Schule (KLS)

ist die zentrale Bildungseinrichtung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Sie befindet sich in einem Gebäude der Arbeiterbewegung in Leverkusen. Klassenbewusste ArbeiterInnen haben vor rund 90 Jahren das Haus der heutigen Karl-Liebkecht-Schule finanziert und in Eigenleistung erbaut.

Zwei Jahre nach der Einweihung, die im März 1931 stattfand, beschlagnahmten die Faschisten das Haus. Zahlreiche am Bau beteiligte GenossInnen wurden in Zuchthäusern und KZs eingekerkert oder mussten ins Exil fliehen.

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde das Haus im Februar 1946 dem neugegründeten Arbeiter-Kulturkartell e.V., der heutigen Kulturvereinigung Leverkusen e.V., zurück übereignet. Seither hat es seinen festen Platz in der proletarischen Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit. Unzählige freiwillige Arbeitsstunden und eine hohe Spendenbereitschaft haben die Existenz des Hauses gesichert. Tausende GenossInnen waren in den zurückliegenden Jahrzehnten Gast in Leverkusen. Dieser Tradition sind wir verpflichtet.

Was findet in der KLS statt?

In der Karl-Liebkecht-Schule finden Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Ein- oder Mehrtagesveranstaltungen, sowie Wochenlehrgänge statt. Neben zwei Tagungsräumen stehen auch Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten zur Verfügung. Außer den eigenen Veranstaltungen der KLS wird die Schule auch für Veranstaltungen anderer Organisationen – z.B. der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) – genutzt. Buchungen für Tages- oder Mehrtagesveranstaltungen sind möglich. Dazu ist eine rechtzeitige Anmeldung und Absprache nötig.

Seminare nur für DKP-Mitglieder?

Die Veranstaltungen sind – fast immer – auch für Menschen offen, die (noch) keine Mitglieder der DKP sind. Interessierte FreundInnen und KollegInnen sind gerne gesehen und wir freuen uns, wenn sie die Diskussionen bereichern. Ausnahmen sind interne Seminare, bei denen dies extra angegeben ist.

Die KLS wird saniert

Die KLS soll modernisiert werden, um auch in Zukunft eine Stätte humanistischer Arbeiterkultur und kommunistischer Bildung sein zu können. Dank einer großen Spende konnten wir mit der Sanierung des Hauses beginnen. Ziel ist es, die sanitären Einrichtungen zu modernisieren, die Tagungsräume zu erweitern und barrierefreie Zugänge zu schaffen. Die Einrichtung des Hauses soll auf den Standard einer modernen Jugendherberge gehoben werden. Viel Arbeit kommt auf uns zu! Wer handwerklich geschickt ist und anpacken kann, ist herzlich zur Teilnahme an den Subbotniks eingeladen.

Förderkreis stärken

Die Sanierung ist ein bedeutender Schritt, der neue Standard muss allerdings nachhaltig abgesichert werden. Dafür brauchen wir neue Mitglieder für den Förderkreis „Erhaltet die KLS!“, die mit ihrer regelmäßigen Spende die Arbeit der Karl-Liebkecht-Schule unterstützen und langfristig ermöglichen.

Wenn Du Mitglied des Förderkreises werden und spenden möchtest, sende bitte das umseitige Formular an den DKP-Partei Vorstand oder überweise auf das Konto des DKP-Partei Vorstands bei der GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01 | Kennwort: Erhaltet die KLS. Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Weitere Infos: finanzen@dkp.de

Karl-Liebkecht-Schule der DKP
Am Stadtpark 68 • 51373 Leverkusen
kls.dkp.de / dkp.de



Rückantwort bitte an den

DKP-Parteivorstand
KLS-Förderkreis
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

cls.dkp.de | dkp.de
finanzen@dkp.de
Tel. 0201 17788916
Fax 0201 17788928

Ich unterstütze den Förderkreis „Erhaltet die Karl-Liebknecht-Schule!“

mit einer regelmäßigen Spende

in Höhe von Euro ab Monat / Jahr

einmal jährlich dreimonatlich monatlich [Bitte ankreuzen]

mit einer einmaligen Spende

in Höhe von Euro per Einzug

Bitte Einzugsermächtigung erteilen oder auf das Konto der DKP überweisen

(GLS Bank, IBAN: DE36 4306 0967 4002 4875 02 BIC: GENODEM1GLS)

Ich möchte gerne

- Regelmäßig Informationen über den KLS-Förderkreis und das KLS-Schulungsprogramm
- Informationen über Erbschaften/Vermächtnisse zugunsten der KLS
- Informationen über eine rückzahlbare Einlage / ein Darlehen für die KLS
- bei der Sanierung der KLS helfen. Informiert mich über Subbotniktermine
- die Zeitung der DKP, die UZ, kostenlos probelesen
- weitere Informationen über die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Ich ermächtige mit meiner Unterschrift den DKP-Parteivorstand widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

BIC

IBAN

Geldinstitut

Datum, Unterschrift